



Stefanie Häußler, Katrin Prager und  
Uwe Jens Nagel

Nummer

**12**

**Landwirtschaftliche Interessen-  
vertretung im Agrarumweltbereich  
Fallstudie Brandenburg**

SUTRA – Working Paper  
Berlin, Oktober 2007

# SUTRA-Working Paper

Die Reihe SUTRA-Working Paper wird herausgegeben von der DFG-Forschergruppe 497 „Strukturwandel und Transformation im Agrarbereich“. Sie enthält Beiträge von den Mitgliedern der Forschergruppe oder von externen Autoren zu Themen des Strukturwandels und der Transformation im Agrarbereich. Die Aufsätze wurden im Rahmen der Forschergruppe begutachtet; die dargestellten Ansichten sind jedoch die der Autoren und nicht notwendigerweise die der Herausgeber.

Die Forschergruppe wurde 2003 eingerichtet und umfasst 9 Teilprojekte. In ihr untersuchen Wissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin, an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig und am Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung in Müncheberg – zusammen mit polnischen Wissenschaftlern – Strukturwandel und Transformation im Agrarbereich Deutschlands und Polens. Die Forschergruppe führt verschiedene Forschungsfelder zusammen, um so den Kenntnisstand zum Problem des Strukturwandels und der Transformation im Agrarbereich in einem übergreifenden, integrierenden und interdisziplinären Ansatz zu reflektieren und zu vertiefen. Das Forschungsvorhaben soll dazu beitragen, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Analyse und Gestaltung komplexer Systeme zu vertiefen.

Internet: <http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/>

## Herausgeber und Teilprojektleiter

**Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Kirschke** (*Sprecher*)  
FG Agrarpolitik  
Institut für WISOLA  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät  
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Wolfgang Bokelmann**  
FG Ökonomik der gärtnerischen Produktion  
Institut für WISOLA  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät  
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Martina Brockmeier**  
Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik  
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft,  
Braunschweig

**Prof. Dr. Dr. h.c. Konrad Hagedorn**  
FG Ressourcenökonomie  
Institut für WISOLA  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät  
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Elmar Kulke**  
FG Wirtschaftsgeographie  
Geographisches Institut  
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II  
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Martin Odening** (*Stellv. Sprecher*)  
FG Allgemeine Betriebslehre des Landbaus  
Institut für WISOLA  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät  
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Klaus Müller**  
Institut für Sozioökonomie  
Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungs-  
forschung, Müncheberg

und  
Institut für WISOLA  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät  
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Uwe Jens Nagel**  
FG Landwirtschaftl. Beratung und  
Kommunikationslehre  
Institut für WISOLA  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät  
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Dr. h.c. Harald von Witzke**  
FG Internationaler Agrarhandel und Entwicklung  
Institut für WISOLA  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät  
Humboldt-Universität zu Berlin

## Redaktion

**Dr. Astrid Häger** (*Schriftleitung*)  
E-Mail: [astrid.haeger@agrار.hu-berlin.de](mailto:astrid.haeger@agrار.hu-berlin.de)  
Tel.: +49-30-2093.6049, -6256

**Kerstin Oertel** (*Layout*)  
E-Mail: [k.oertel@agrار.hu-berlin.de](mailto:k.oertel@agrار.hu-berlin.de)  
Tel.: +49-30-2093.6340

Humboldt-Universität zu Berlin  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät  
Institut für WISOLA  
FG Agrarpolitik  
Philippstr. 13, Haus 12A  
10099 Berlin (Germany)  
Fax: +49-30-2093.6301

**ISSN 1614-1083 (Print-Version)**  
**ISSN 1614-1369 (Internet-Version)**

# **Landwirtschaftliche Interessenvertretung im Agrarumweltbereich Fallstudie Brandenburg**

**Stefanie Häußler, Katrin Prager und Uwe Jens Nagel**

## **Inhaltsverzeichnis**

Tabellenverzeichnis .....	ii
Abbildungsverzeichnis .....	ii
Zusammenfassung .....	iii
Abstract.....	iii
1. Einleitung.....	1
1.1 Zielstellung .....	2
1.2 Begriffsklärung Agrarumweltprogramme .....	3
1.3 Datengrundlage und Erhebungsmethodik.....	3
2. Ergebnisse.....	5
2.1 Charakterisierung der Verbände .....	5
2.2 Ziele und Interessen im Agrarumweltbereich.....	7
2.2.1 Verbände .....	7
2.2.2 Landwirte .....	9
2.3 Kommunikationsbeziehungen und Informationsflüsse .....	10
2.3.1 Kommunikation zwischen Landwirt und Verband .....	11
2.3.2 Kommunikation zwischen Verband und Ministerium .....	12
2.4 Beurteilung der Einflussnahme auf den Gestaltungsprozess von Agrarumweltprogrammen.....	13
2.4.1 Einfluss der Landwirte .....	13
2.4.2 Einfluss der Verbände .....	15
3. Schlussfolgerungen.....	17
3.1 Vergleich der Ziele und Interessen .....	17
3.2 Kommunikationsbeziehungen und Einflussnahme.....	19
3.3 Einflussmöglichkeiten .....	19
4. Ausblick.....	21
Literatur .....	22

Anhang 1 - KULAP-Maßnahmenpaket .....	25
Anhang 2 - Fragebogen Landwirte .....	26
Anhang 3 - Fragebogen Verbandsvertreter .....	27
Anhang 4 - Anregungen und Kritiken der Verbandsvertreter zu den AUM.....	28
Über die Autoren.....	29
Bisher erschienen .....	31

### **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Einordnung der untersuchten Verbände.....	7
Tabelle 2: Faktoren, die die Teilnahme an Agrarumweltmaßnahmen beeinflussen.....	9
Tabelle 3: Kommunikationsinhalte am Beispiel der Grünlandprogramme (Auswahl).....	18

### **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Verbandszugehörigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg .....	5
Abbildung 2: Verbandszugehörigkeit der befragten Landwirte.....	5
Abbildung 3: Engagement im Agrarumweltbereich .....	7
Abbildung 4: Informationsflüsse.....	10

## Zusammenfassung

Die Gestaltung von Agrarumweltprogrammen (AUM) erfolgt überwiegend auf der Ebene der Landwirtschaftsministerien. Die vorliegende Arbeit soll die Frage beantworten, inwieweit die dabei übliche Beteiligung von landwirtschaftlichen Verbänden sowohl ausreichend Informationen in den Entscheidungsprozess einbringen kann als auch die Interessen der Mitglieder widerspiegelt und somit als alleinige Beteiligungsform gerechtfertigt ist. Zu diesem Zweck wurden Kommunikationsinhalte (Ziele, Anregungen und Kritik zu den AUM) und Kommunikationsstrukturen zwischen Landwirt, Verband und Ministerium im Land Brandenburg analysiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass für das Ziel landesweit einheitlicher Agrarumweltprogramme die Beteiligung von Verbänden zwar verbesserungswürdig aber ausreichend ist. Ist hingegen die Aufstellung regionalisierter AUM das politische Ziel, ist eine reine Verbandsbeteiligung unzureichend. Vor- und Nachteile der Beteiligung von Verbänden im Vergleich zu direkter Beteiligung von Landwirten werden aufgezeigt und Vorschläge zur Verbesserung der Feedbackprozesse zu den Agrarumweltprogrammen gemacht.

**Schlüsselwörter:** Landwirtschaftliche Verbände, Agrarumweltprogramme, Kommunikationsprozesse, Akzeptanz, Beteiligung

## Abstract

Agri-environmental policy making takes place at the level of the states' Agriculture Ministries where the involvement of agricultural interest groups is common. This study explores the extent to which these groups truly represent their members and are able to provide sufficient information for decisions about agri-environmental schemes (AES). The analysis of communication contents (objectives, recommendations and criticism regarding AES) and communication structures between farmer, interest group and ministry in Brandenburg showed advantages and shortcomings of indirect participation (interest group representatives) as compared to direct participation (farmers).

Given the political aim of statewide uniform programmes, the participation of interest group representatives is sufficient, but has scope for improvement. However, if policy aims for regionally adapted programmes, indirect participation becomes inadequate and needs to be complemented by farmers' direct involvement in agri-environmental policy making. The authors outline ways to achieve better feedback and communication processes.

**Keywords:** agricultural interest groups, agri-environmental schemes, communication processes, acceptance, participation



## 1. Einleitung

Die Verbesserung von Akzeptanz und Legitimität politischer Entscheidungen ist nicht nur aus demokratietheoretischer Sicht, sondern auch aus Effektivitätsüberlegungen relevant. Am Beispiel der Agrarumweltprogramme lässt sich dieser Zusammenhang verdeutlichen. Agrarumweltprogramme sind politische Programme. Sie bestehen aus einzelnen Agrarumweltmaßnahmen, die über finanziellen Ausgleich und Anreiz eine umweltverträgliche landwirtschaftliche Produktion fördern. Da die Teilnahme an Agrarumweltmaßnahmen auf Freiwilligkeit beruht, müssen sie akzeptiert werden, um überhaupt Wirkungen entfalten zu können. Die Ziele von Agrarumweltprogrammen, wie Sicherung und Entwicklung umweltschonender landwirtschaftlicher Bewirtschaftung, Erhalt biotischer Vielfalt und landwirtschaftlich genutzter Kulturlandschaft, können nur erreicht werden, wenn die Landwirte einzelne Maßnahmen umsetzen.

Für die Akzeptanz politischer Programme ist nicht nur das Programm als Produkt eines Entscheidungsprozesses relevant, sondern auch der Prozess selbst (KORF 2004). Das heißt, um eine höhere Akzeptanz zu erreichen, muss das resultierende Agrarumweltprogramm auf die Bedürfnisse der Programmadressaten ausgerichtet sein und der Prozess muss als fair empfunden werden (PRAGER 2002; ILLSLEY 2003).

Die für die Gestaltung von Agrarumweltprogrammen relevanten Kommunikations- und Entscheidungsprozesse laufen überwiegend auf der Ebene der Landwirtschaftsministerien der einzelnen Bundesländer ab. Auf dieser Ebene werden ausschließlich Verbände einbezogen indem sie zu Verbandsanhörungen ins Ministerium eingeladen werden. Es handelt sich hier zum größten Teil um berufsständische Verbände, d.h. um die traditionellen landwirtschaftlichen Verbände und Verbände des ökologischen Anbaus. Diese informellen Zirkel bilden überaus wichtige Foren der Politikberatung (WOLLMANN 2001). Dabei wird implizit angenommen, dass Verbandsvertreter tatsächlich die Interessen der Personen widerspiegeln, die sie vertreten.

Diese Anhörungspraxis unterstellt, dass die Verbände in ausreichendem Maße über relevante Informationen verfügen, um die Programme auf die Bedürfnisse der Programmadressaten und die jeweiligen naturräumlichen Bedingungen auszurichten. Es ist jedoch möglich, dass die Informationen über welche die Landwirte verfügen, sich von den Informationen unterscheiden, die indirekt durch die Verbandsvertreter in den Prozess getragen werden. Die Vertreter sind ihrem Verband verpflichtet, so dass auch die übergreifenden politischen Interessen eines Verbands eine Rolle spielen.

Unter der Annahme, dass eine Qualitätsverbesserung aus der Perspektive der Adressaten die Akzeptanz der Agrarumweltprogramme und damit die Wirkung von Entscheidungen verstärkt, muss der Fokus auf den Einschätzungen der Landwirte liegen. Schließlich trifft der Landwirt die Entscheidung über die Teilnahme an einer Agrarumweltmaßnahme und nicht der Verband. Wenn die Interessen und Meinungen der Landwirte jedoch ausschließlich über Verbandsvertreter in den Entscheidungsprozess eingespeist werden, wird ein Wahrnehmungs-

problem vernachlässigt: Es kann durchaus einen Unterschied zwischen der Sicht der Landwirte und der des Verbandes geben: Was eine Qualitätsverbesserung ist, mag eben subjektiv unterschiedlich bewertet werden.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist außerdem zu berücksichtigen, dass es bei der Beteiligung von Verbänden, also dem Lobbyismus oder dem Verbändekorporatismus, in erster Linie um Konsensfindung und politische Durchsetzbarkeit geht. Eine Verbesserung der Legitimität von Entscheidungen ist hingegen vor allem über demokratische Teilhaberechte, also die direkte Beteiligung von Bürgern zu erreichen.

Für die Vertretbarkeit von Interessen spielt auch eine Rolle, welcher Anteil der jeweiligen sozialen Gruppe in einem Verband organisiert ist. Obwohl bundesweit von einem hohen Organisierungsgrad der landwirtschaftlichen Betriebe gesprochen wird (WOLF 2001), fallen regionale Unterschiede auf. So sind in Sachsen-Anhalt nur gut die Hälfte aller Landwirte in berufsständischen Verbänden organisiert (LLG BERNBURG 2004). Für eine Erhöhung der Legitimität von Entscheidungen müssten jedoch auch die Informationen und Interessen der nicht-organisierten Landwirte berücksichtigt werden.

## 1.1 Zielstellung

Ziel der Studie war es festzustellen, inwieweit eine Beteiligung von Verbandsvertretern an der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen ausreichend Informationen in den Prozess einbringen kann und somit gerechtfertigt ist. Vor- und Nachteile der Beteiligung von Verbänden im Vergleich zur direkten Beteiligung von Landwirten sollten aufgezeigt sowie Vorschläge zur Verbesserung der Feedbackprozesse zu den Agrarumweltprogrammen gemacht werden. Zu diesem Zweck wurden folgende Fragen untersucht:

### A: Ziele und Interessen

- Welche Ziele, Werte und Interessen haben Landwirte, welche nennen die jeweiligen Vertreter?
- Beschreiben Landwirte und deren Vertreter ein „verbessertes“ Programm gleich?
- Gibt es Unterschiede zwischen den Zielen, Werten und Interessen organisierter und nicht-organisierter Landwirte?

### B: Kommunikationsbeziehungen und Informationsflüsse

- Wie gestalten sich Kommunikation und Informationsfluss zwischen Landwirten und ihren Verbänden?
- Sind die Landwirte der Meinung, dass ihre Interessen durch ihre Verbandsvertreter ins Ministerium transportiert und dort in den Gestaltungsprozess eingebracht werden?

### C: Beurteilung der Einflussnahme /-chancen

- Wie beurteilen Verbandsvertreter und Landwirte ihre Chancen zur Einflussnahme auf den politischen Gestaltungsprozess von Agrarumweltprogrammen?

Da Verbände, die sich im Bereich der Agrarumweltprogramme engagieren, meist landesweit organisiert sind, wurde als Untersuchungsgebiet ein Bundesland ausgewählt. Brandenburg war aufgrund der räumlichen Nähe und der bestehenden Kontakte zu Landwirten und Verbandsvertretern geeignet.

## 1.2 Begriffsklärung Agrarumweltprogramme

Unter Agrarumweltprogramme werden in dieser Untersuchung staatliche Förderprogramme verstanden, die eine Vielzahl von Agrarumweltmaßnahmen bündeln. Agrarumweltmaßnahmen sind gemäß der EU-Verordnung 1257/1999 als Beihilfen für „landwirtschaftliche Produktionsverfahren, die auf den Schutz der Umwelt und die Erhaltung des ländlichen Lebensraumes ausgerichtet sind“, definiert. Im engeren Sinne fallen darunter die EU-kofinanzierten Programme unter Geltung der Artikel 22 bis 24 der VO 1257/1999.

In Brandenburg sind die Agrarumweltmaßnahmen im Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) zur Förderung umweltgerechter landwirtschaftlicher Produktionsverfahren und Erhaltung der brandenburgischen Kulturlandschaft zusammengefasst. Im Jahr 2002 wurden 36 % der Betriebe auf rund 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit einer Fördermittelsumme von insgesamt 38,4 Mio. € über das KULAP gefördert (MLUR 2003, 4; MLUV 2004, 14). Die beiden umfangreichsten Programme sind die extensive Grünlandbewirtschaftung und der ökologische Landbau mit einem Flächenanteil von insgesamt 65,4 % und einer Fördersumme von rund 29,5 Mio. € während des Förderzeitraumes 2003 (MLUV 2004, 73).

## 1.3 Datengrundlage und Erhebungsmethodik

Die Untersuchung konzentrierte sich auf drei Akteursgruppen. Dazu gehörten:

- die Verbände als Interessenvertreter der Landwirte;
- Landwirte, die in einem der untersuchten Verbände organisiert sind; sowie
- Landwirte, die in keinem der untersuchten Verbände organisiert sind.

Die erforderlichen Daten wurden mittels qualitativer halbstandardisierter Interviews während des Zeitraumes Juni bis August 2005 erhoben. Insgesamt wurden 22 Landwirte und 11 Verbandsvertreter befragt. Die Verbandsvertreter gehörten folgenden Verbänden an:

- Verband der Landwirte im Nebenerwerb Brandenburg-Berlin e.V. (VLN)
- Landesbauernverband Brandenburg e.V. (LBV), Kreisbauernverband Havelland e.V. (KBV)
- Landesverband Gartenbau Brandenburg e.V. (LVG)
- Schafzuchtverband Berlin-Brandenburg e.V.
- Biopark e.V.
- Bioland e.V. / Landesverband Berlin-Brandenburg
- Demeter – Arbeitsgemeinschaft für Biologisch-Dynamischen Landbau e.V. Brandenburg

- Gää – Vereinigung ökologischer Landbau e.V. / Landesverband Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern

Die Wahl der Verbände entschied sich danach, inwieweit sie sich mit den Agrarumweltprogrammen befassen und welche Bedeutung sie als Interessenvertretung für die brandenburgischen Landwirte haben. Die Abbildung 1 zeigt, dass von den 6700 gemeldeten landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg der Großteil in einem Verband organisiert ist.

Rund 70 % der Betriebe sind Mitglied im Landesbauernverband. Damit ist er die mitgliederstärkste Interessenvertretung (MLUV 2004). Obwohl rund 41 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg im Nebenerwerb bewirtschaftet werden (MLUR 2003, 254), ist deren berufsständische Vertretung – der Verband der Landwirte im Nebenberuf – mit 100 Mitgliedern vergleichsweise schwach organisiert. Besondere Bedeutung in Brandenburg hat der ökologische Landbau mit einem Flächenanteil von 9,78 % an der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Damit liegt Brandenburg weit über dem Durchschnitt Deutschlands. Insgesamt wirtschaften hier auf 129.745 ha der Landesfläche 615 Unternehmen nach den ökologischen Richtlinien der Europäischen Union<sup>1</sup> (DBV 2005, 74). In einem der fünf in Brandenburg aktiven ökologischen Anbauverbände (Bioland, Biopark, Demeter, Gää, Naturland) sind 58 % der Betriebe organisiert (BÖCKMANN und NÖLTING 2005, 19).

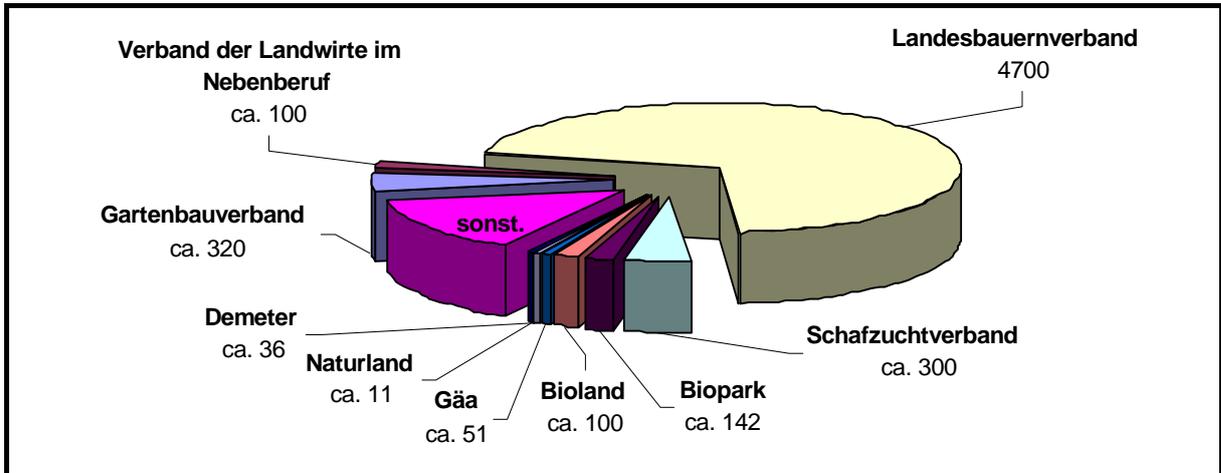
Die zu befragenden Landwirte wurden stichprobenartig nach den beiden Kriterien „Verbandsmitgliedschaft“ und „Teilnahme an Agrarumweltmaßnahmen“ ausgewählt. In welchen Verbänden die befragten Landwirte organisiert sind, ist aus Abbildung 2 ersichtlich.

In Klammern gesetzte Daten kennzeichnen Landwirte, die entweder aus dem Verband ausgetreten sind oder über eine Mitgliedschaft nachdenken. Die Abweichung der Angaben von der Untersuchungsmenge  $n=22$  ergibt sich aus möglichen Doppelmitgliedschaften insbesondere bei ökologisch wirtschaftenden Betrieben, die zum Teil Mitglied in einem ökologischen Anbauverband und im LBV sind. Drei der befragten Landwirte sind in keinem berufsständischen Verband organisiert, der sich mit Agrarumweltmaßnahmen befasst.

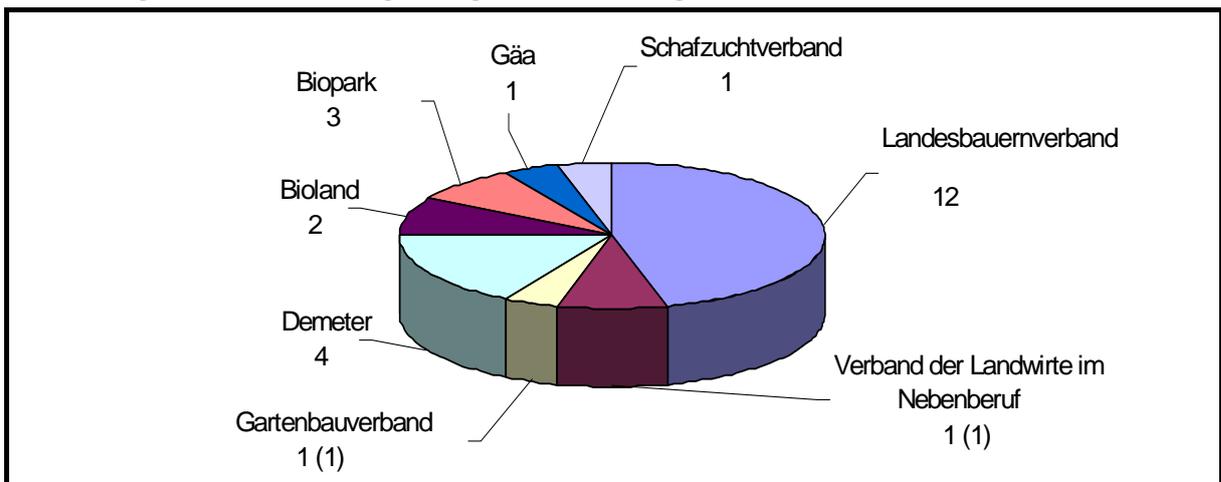
Die Darstellung der empirischen Ergebnisse wird ergänzt durch Informationen aus der Literatur. Die Untersuchungsergebnisse sind, aufgrund der eingeschränkten Personengruppe zwar nicht repräsentativ für die Interessenvertretung im Agrarumweltbereich in ganz Deutschland. Sie erlauben jedoch eine qualitative Beantwortung der Forschungsfragen und eine ansatzweise Verallgemeinerung für Bundesländer mit Konstellationen, die der Brandenburgs ähneln.

---

<sup>1</sup> EG-Öko-Verordnung VO (EWG) 2092/91

**Abbildung 1: Verbandszugehörigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg**

Quelle: eigene Darstellung mit Daten aus MLUV 2004, ergänzt durch eigene Erhebungen

**Abbildung 2: Verbandszugehörigkeit der befragten Landwirte**

Quelle: eigene Darstellung

## 2. Ergebnisse

### 2.1 Charakterisierung der Verbände

Der Berufsstand der Landwirtschaft kann in seinem Aufgabenbereich sehr weit gefasst werden. Das bedingt eine Vielzahl verschiedener Interessen, die z.B. von Größe, Struktur (Milchviehbetrieb, Schäfereibetrieb, Marktfruchtbetrieb etc.) oder Wirtschaftsweise (ökologisch oder konventionell) des landwirtschaftlichen Betriebes abhängig sind und demnach auch von unterschiedlichen Verbänden vertreten werden können. Zum besseren Verständnis werden daher zunächst Aufgaben und Organisationsstruktur von Verbänden erläutert.

Rechtliche Grundlagen für Verbände bilden das Grundgesetz (GG) und das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). Danach zeichnen sie sich durch eine freiwillige Mitgliedschaft, die formale Regelung der Organisationsform und der Willensbildung meist durch Statut und Satzung, sowie programmatisch festgelegter Ziele aus (ALEMANN 2005). Verbände sind in der Regel basisdemokratisch organisiert. Dadurch haben die einzelnen Mitglieder die Möglichkeit, die Verbandspolitik entweder direkt über die Mitgliedsversammlung oder indirekt über die Wahl der Entscheidungsträger mitzubestimmen. Die Verbandsarbeit erfolgt je nach Verbandsgröße in mehreren Organisationsebenen, die von der lokalen, regionalen bis hin zur nationalen bzw. internationalen Ebene reichen kann. Ein Beispiel dafür ist der Deutsche Bauernverband (agiert auf nationaler und europäischer Ebene) und dessen angeschlossene Landes- und Kreisbauernverbände (agieren auf Landes- und Kreisebene). Da politische Entscheidungen im zunehmenden Maße auf der EU-Ebene getroffen werden, gehören die meisten Interessenorganisationen einem auf europäischer oder z.T. internationaler Ebene agierenden Dachverband an. Aufgrund dieser Organisationsform und der Fähigkeit, Interessen und Informationen in einem Politikfeld zu bündeln, sind Verbände in der Lage, vielfältige Leistungen sowohl für ihre Mitglieder als auch für Politik und Gesellschaft zu erbringen. Dazu zählen:

- Vertretungsleistungen;
- Informationsleistungen;
- Koordinations- und Organisationsleistungen und
- Beratungsleistungen (LIETZAU et al. 2005).

Die handelnden Akteure (Verbandsvertreter) übernehmen demnach vermittelnde, koordinierende und beratende Aufgaben zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Auf diese Weise können die Verbandsinteressen nicht nur besser artikuliert sondern auch effizient und effektiv vertreten werden.

Die in der Untersuchung befragten Verbände sind im landwirtschaftlichen Bereich mit unterschiedlichen Schwerpunkten aktiv. Sie lassen sich drei Gruppen zuordnen:

- Ökologische Anbauverbände;
- Fachverbände;
- Agrar- und Sozialpolitische Verbände.

Eine eindeutige Zuordnung der untersuchten Verbände ist allerdings schwierig, da sich beispielsweise der Biolandverband sowohl als Vertretung des Ökosektors sieht als auch zu allgemeinen agrarpolitischen Themen Stellung bezieht. Entscheidend für die Einordnung der Verbände im Rahmen der vorliegenden Studie waren letztlich deren prioritäre Ziele (Tabelle 1).

**Tabelle 1: Einordnung der untersuchten Verbände**

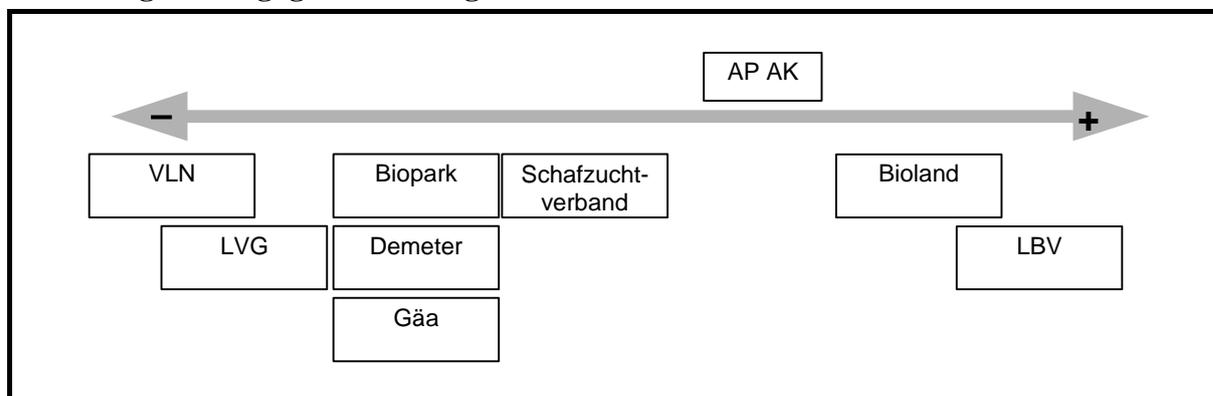
Berufsständische Verbände des Agrarsektors	
Ökologische Anbauverbände	Biopark Bioland Gää Demeter
Fachverbände	LVG Schafzuchtverband Berlin-Brandenburg
Agrar- und sozialpolitische Verbände	VLN LBV, KBV

## 2.2 Ziele und Interessen im Agrarumweltbereich

Um die Ziele und Interessen der Akteure hinsichtlich der Agrarumweltmaßnahmen zu erheben, wurde allen Befragten eine vollständige Liste der Maßnahmen im Rahmen des KULAP vorgelegt (vgl. Anhang 1). Sie hatten die Möglichkeit sich ohne Vorgaben darauf zu beziehen und sich zu denjenigen Maßnahmen zu äußern, die Schwerpunkte ihrer Arbeit darstellen. Dabei konzentrierten sich die Befragten bei ihren Ausführungen hauptsächlich auf die Grünlandprogramme wie die extensive und eingeschränkte Grünlandnutzung, auf den ökologischen Landbau, auf Flächenstilllegungsmaßnahmen sowie die Modulationsmaßnahmen.

### 2.2.1 Verbände

Neben den allgemeinen agrarpolitischen sowie innerverbandlichen Aufgaben, befassen sich die untersuchten Verbände mit den Agrarumweltmaßnahmen in unterschiedlichem Maße. Abbildung 3 zeigt das Spektrum des Engagements im Hinblick auf die Gestaltung von Agrarumweltmaßnahmen.

**Abbildung 3: Engagement im Agrarumweltbereich**

Minus = sehr geringes Engagement; Plus= ein sehr intensives Engagement.

Quelle: eigene Darstellung

Für die meisten Verbände sind die Agrarumweltmaßnahmen nur ein Thema der Verbandsarbeit unter anderen und dies besonders dann, wenn über eine Neugestaltung der AUM auf politischer Ebene diskutiert wird oder Landwirte direkt nachfragen. Die AUM stellen jedoch in der Regel keinen Schwerpunkt ihrer agrarpolitischen Arbeit dar. So befasst sich der Verband der Landwirte im Nebenerwerb (VLN) eher mit den sozialpolitischen Problemen der Berufsgruppe der Nebenerwerbslandwirte und überlässt nach Aussagen des Verbandsvertreters die Mitwirkung im AUM-Gestaltungsprozess dem Bauernverband.

Für die ökologischen Anbauverbände sind im Rahmen des KULAP-Maßnahmenpakets insbesondere die Maßnahmen von Interesse, die von den ökologisch wirtschaftenden Betrieben beantragt werden können. Eine aktive Mitwirkung an Entscheidungsprozessen auf der ministerialen Ebene erfolgt allerdings eher über den so genannten Agrarpolitischen Arbeitskreis (AP AK), der sich aus den fünf ökologischen Anbauverbänden Brandenburgs zusammensetzt und basisdemokratisch organisiert ist. Ziel des Arbeitskreises ist es ein Forum zu bieten, in dem sich die Verbände über Entwicklungen und Positionen austauschen und gemeinsame Strategien zur Agrarpolitik erarbeiten.

Der Schafzuchtverband, der Landesverband Gartenbau (LVG) und der Bioparkverband beteiligen sich über eine assoziative Mitgliedschaft im Landesbauerverband (LBV) indirekt an der Gestaltung von Agrarumweltmaßnahmen. Darüber hinaus konzentrierte sich der Schafzuchtverband in der Vergangenheit zunehmend auf die Maßnahme „Pflege von ertragsschwachem Grünland und Heiden mittels Beweidung“ (A6) als Alternative für den Vertragsnaturschutz, dessen Mittel in Brandenburg immer stärker reduziert werden.

Der Biolandverband hebt sich von den anderen Verbänden insofern ab, als er sich auf der politischen Ebene intensiv mit den Agrarumweltmaßnahmen auseinandersetzt. Auf dieser Ebene spielt er für den Ökosektor eine besondere Rolle, nicht nur aufgrund des Engagements bei der Mitgestaltung von Agrarumweltmaßnahmen, sondern auch aufgrund der klaren Positionierung als Gegenspieler des Landesbauernverbandes. Letzterer ist hinsichtlich der Mitgestaltung von Agrarumweltmaßnahmen der aktivste Verband, was sich zum einen mit seiner ausgeprägten Organisationsstruktur (Fachausschüsse, Haupt- und Nebenamtliche Mitarbeiter) und zum anderen aus gesellschaftspolitischen Hintergründen erklären lässt (institutionelle Verflechtung mit der politischen Ebene, Monopolstellung).

Die Aufstellung eines konkreten Zielkataloges zu den AUM für die einzelnen Verbände war im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, da von den befragten Verbandsvertretern selten klare Ziele formuliert wurden. In diesem Zusammenhang bildeten allerdings die Anregungen und Kritiken zu den existierenden Maßnahmen einen wichtigen Anhaltspunkt (Anhang 4). Festzustellen ist ebenfalls, dass die „Zielformulierungen“ auf unterschiedlichen Ebenen erfolgten. Sie reichten von allgemeinen Aussagen bis hin zu einer genauen Handlungsanweisung. Letzteres betraf den Biolandverband, der an der Aufstellung einer solchen Handreichung für das Ministerium arbeitete.

## 2.2.2 Landwirte

Die Ziele der Landwirte ließen sich, analog zu den Zielen der Verbände, nur indirekt aus den Aussagen der Landwirte selber ableiten. So wurden die Kritiken und Anregungen, die die Landwirte zu den einzelnen Maßnahmen des KULAP machten erfasst. Auch die genannten Gründe einer Teil- bzw. Nichtteilnahme an den Agrarumweltmaßnahmen lassen Aussagen zu bäuerlichen Zielen zu. Diese können, wie in der folgenden Tabelle aufgeführt, zu Faktoren zusammengefasst werden, die aus Sicht der Landwirte förderlich oder hinderlich wirken.

**Tabelle 2: Faktoren, die die Teilnahme an Agrarumweltmaßnahmen beeinflussen**

Fördernde Faktoren	Hemmende Faktoren
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Sichere Einnahmequelle</li> <li>– Passte zur geplanten Betriebsstruktur</li> <li>– Veränderung der Betriebsstruktur war nicht notwendig</li> <li>– Finanzielle Vorteile</li> <li>– Verbesserung der Umwelt</li> <li>– Beibehaltung der Produktionsweise</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Kostenintensiver Mehraufwand durch vermehrten technischen und zeitlichen Aufwand</li> <li>– Widersprüche zur geplanten Betriebsentwicklung</li> <li>– Keine ausreichende Sicherung der Tierernährung und Tiergesundheit</li> <li>– Antragstellung zu kompliziert</li> <li>– Inhaltliche Ausgestaltung der Maßnahme zu kompliziert und nicht an der Praxis orientiert</li> <li>– Hohes Risiko hinsichtlich betrieblicher Kalkulationen</li> <li>– Eingeschränkte Kombinationsmöglichkeiten</li> <li>– Persönliche und ideologische Beweggründe</li> </ul>

Quelle: eigene Erhebungen, 2006

Die Aussagen zu den Faktoren, die die Teilnahme der Landwirte an den AUM bestimmen, sowie zu Kritiken und Anregungen lassen sich drei Zielbereichen zuordnen: Umweltziele, Einkommensziele und Qualitätsziele.

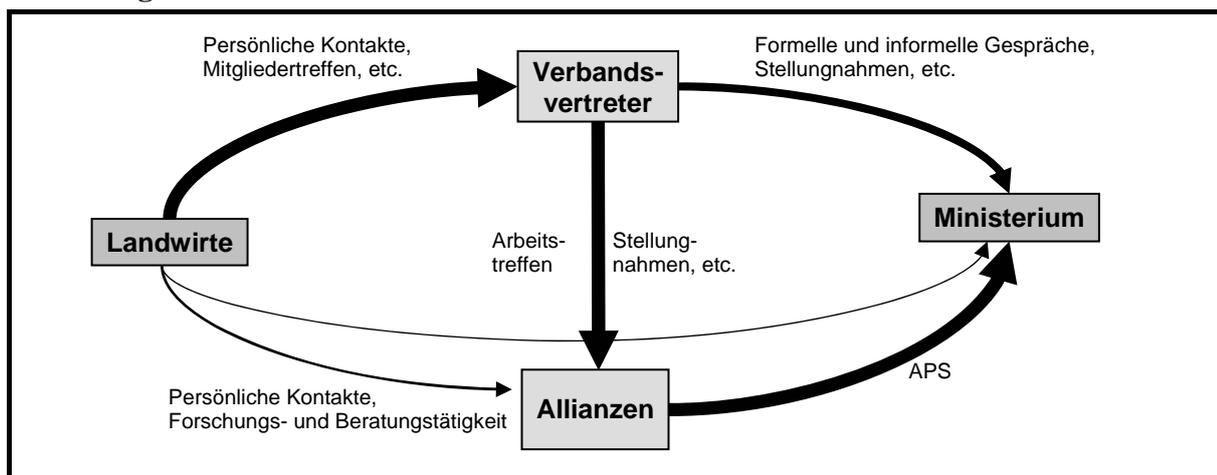
Umweltziele wurden, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und Gewichtung, von allen Landwirten erwähnt bzw. zumindest angedeutet, unabhängig davon ob ein Landwirt konventionell oder ökologisch orientiert ist. Dahinter verbirgt sich das Bewusstsein, dass ein gesunder Boden die Wirtschaftsgrundlage eines Betriebes ist. In erster Linie allerdings bedeuten die Fördermittel eine Existenzsicherung, durch die Einkommenseinbußen (z.B. aufgrund von Bewirtschaftungseinschränkungen) ausgeglichen werden können. Viele Landwirte passen ihre Betriebsstruktur aus Gründen der Fördermittelmaximierung an die bestehenden Maßnahmen an. Demgegenüber versuchen einige Landwirte sich mit ihren Produkten über die Qualität von anderen abzuheben, um so vorhandene Marktpotenziale besser ausnutzen und unabhängiger von Fördermitteln agieren zu können. Letzteres traf in der Untersuchungsgruppe überwiegend auf ökologisch wirtschaftende Marktfruchtbetriebe zu.

Es wurde deutlich, dass die Befragten den ökonomischen Wirkungsbereich der AUM genau einschätzen konnten und demnach entsprechend klare Vorstellungen formulierten. In der Frage des ökologischen Wirkungsbereichs wurden nur wenige konkrete Aussagen gemacht. Diese basieren hauptsächlich auf Erfahrungen und Beobachtungen der Umwelt, und konnten fachlich nicht unterlegt werden. Das sei nach Angabe der Befragten die Aufgabe von Forschungseinrichtungen, wie z.B. dem Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF).

## 2.3 Kommunikationsbeziehungen und Informationsflüsse

Um herauszufinden, wie die Informationen der Landwirte in den politischen Gestaltungsprozess gelangen, wurden die Kommunikationsbeziehungen und die Informationsflüsse vom Landwirt zum Verband, aber auch vom Verband zum Ministerium genauer untersucht. In der folgenden Grafik sind diese Informationsflüsse vereinfacht dargestellt (Informationsflüsse in umgekehrter Richtung sind aus Gründen der Übersichtlichkeit in der Darstellung nicht berücksichtigt).

**Abbildung 4: Informationsflüsse**



Quelle: eigene Darstellung

Die Stärke der Pfeile verdeutlicht die Häufigkeit der von den Akteuren angegebenen Informationswege. Demnach spielt der Verband eine entscheidende Rolle bei der Informationsweitergabe. Die auf der Verbandsebene gesammelten Informationen der Landwirte werden über den Verbandsvertreter im Rahmen von formellen und informellen Gesprächen oder in Form von Stellungnahmen in das Ministerium getragen. In drei Fällen gab es Landwirte mit direkten persönlichen Kontakten zu Vertretern im Ministerium, was insgesamt gesehen aber eher eine Ausnahme ist. Zudem waren bei diesen Kontakten nicht die AUM das Thema, sondern es ging vielmehr um Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Flurneuordnungsverfahren oder darum, beratend tätig zu werden (z.B. Einführung des Geographischen Informationssystem Arc View in der Agrarförderantragstellung).

Entscheidend für die Informationsweitergabe besonders kleinerer Verbände war deren gemeinsames Auftreten durch die Bildung von Allianzen<sup>2</sup>. In diesem Zusammenhang stellt der Agrarpolitische Arbeitskreis (AP AK) für die ökologischen Anbauverbände ein wichtiges Agrarbündnis dar. Der Agrarpolitische Sprecher (APS) des Arbeitskreises tritt gegenüber dem Ministerium als Sprachorgan dieser Verbände auf, um gemeinsame Interessen gebündelt in die ministeriale Entscheidungsebene zu transportieren und Informationen des Ministeriums wieder zurück an die Verbände zu leiten.

### **2.3.1 Kommunikation zwischen Landwirt und Verband**

Persönliche und telefonische Kontakte werden nicht als gleichwertige Kommunikationswege empfunden. Den persönlichen Kontakten wird die größere Bedeutung beigemessen, da sie am besten dazu geeignet scheinen, etwas über die Anliegen der Landwirte zu erfahren und ihnen bei aktuellen Problemen zu helfen. Die Kontakte ergeben sich häufig während verbandsinterner Veranstaltungen, wie z.B. Mitgliedsversammlungen. Auch in diesem Rahmen sind Agrarumweltmaßnahmen allerdings kein Schwerpunktthema. Ob und wann diese Maßnahmen innerhalb des Verbandes tatsächlich angesprochen werden, hängt davon ab, zu welchem Zeitpunkt über dessen Erarbeitung oder Bewertung auf der Landesebene diskutiert und entschieden werden muss.

Konkrete Informationen, die der Landwirt zu den Agrarumweltmaßnahmen hat, gelangen eher indirekt in die verbandsinterne Bearbeitungsebene, vorwiegend während der Klärung betriebsspezifischer Probleme. Die Informationen der Landwirte werden vom Verband dann dazu verwendet, anderen Mitgliedern Hilfestellung zu leisten. Im Rahmen der persönlichen Kontakte zwischen Landwirt und Bearbeiter (beim LBV z.B. über die einzelnen Fachreferenten) werden Anregungen und Vorschläge zu den AUM vom Landwirt eher selten angesprochen. Auch die Mehrzahl der befragten Verbandsvertreter war der Meinung, dass von den Landwirten wenig konkrete Ideen eingebracht werden. Sie wiesen darauf hin, dass in solchen Gesprächen lediglich allgemeine Eindrücke vermittelt werden. Daher würden diese Informationen auch nicht „eins zu eins“ weiter geleitet. Es konnte im Rahmen dieser Studie nicht rückwirkend nachvollzogen werden, inwieweit eventuelle Anregungen in den Gestaltungsprozess eingegangen sind.

Der Prozess hat also eher den Charakter einer spontanen und unstrukturierten Informationssammlung. Ob die auf der Verbandsebene gesammelten Informationen der Landwirte tatsächlich in das Ministerium getragen werden, hängt von mehreren Faktoren ab:

---

<sup>2</sup> Unter dem Begriff Allianz wird der strategische Zusammenschluss von mindestens zwei Interessengruppen verstanden, die gleiche oder zumindest ähnliche Ziele verfolgen. Die definitorische Abgrenzung der Allianzen von Verbänden erfolgt durch die zeitliche Begrenzung der Zusammenarbeit der Allianzpartner. Durch die gemeinsame Lobbyarbeit sollen die Interessen besser durchgesetzt werden, indem einerseits individuelle Stärken ergänzt und andererseits Schwächen der Partner kompensiert werden (DGVM 2005).

- Gesamtverbandstauglichkeit: Der Verband kann individuelle Meinungen nicht immer nach außen vertreten, da sonst die Vertretung aller Mitglieder nicht mehr gewährleistet ist.
- Umsetzbarkeit/Aktualität: Der Verband muss in seiner Verbandsarbeit eine Richtung vorgeben und sich auf Schwerpunkte konzentrieren, um Effizienz und Effektivität gewährleisten zu können. Daher ist es wichtig abzuwägen, ob lediglich ein betriebsindividuelles oder ein regionales Problem vorliegt. Neben der Notwendigkeit, Aktualität und Intensität der Thematik spielt es immer auch eine Rolle, ob ein Vorschlag praktisch, fachlich und finanziell umsetzbar ist.
- Auftreten der Landwirte: Der Verband wird getragen durch seine Mitglieder, was auch eine gewisse Eigeninitiative des Landwirtes voraussetzt. Treten die Landwirte beispielsweise gemeinsam in einem regionalen Verbund für eine Thematik ein, können sie ihrem Anliegen gegenüber dem Verband mehr Gewicht verleihen.

### 2.3.2 Kommunikation zwischen Verband und Ministerium

Zur Gestaltung von AUM gibt es keine formellen (d.h. gesetzlich geregelten) Anhörungs- oder Beteiligungsverfahren. Daher wird die Eigeninitiative des Verbandes, sich selbstständig Gehör zu verschaffen und in die laufenden Verfahren einzubringen, von den Verbandsvertretern als besonders wichtig angesehen. Dieser Prozess gestaltet sich je nach Verband unterschiedlich. Er hängt sowohl von den zwischenmenschlichen Beziehungen (persönliche Kontakte zu Vertretern aus dem Ministerium) ab als auch davon, wie stark der Verband ist. Während es zwischen den Fachausschüssen des Bauernverbandes und den Fachausschüssen des Ministeriums eine intensive und ständige Zusammenarbeit gibt, kritisieren beispielsweise Gää und der Verband der Landwirte im Nebenerwerb, dass sie seit dem Ministerwechsel (Oktober 2004) immer seltener Gesprächstermine erhalten. Dieser Faktor war für die ökologischen Anbauverbände ausschlaggebend, sich im Agrarpolitischen Arbeitskreis zu organisieren, um so in der verbandspolitischen Arbeit vom Ministerium ernst genommen zu werden. Die Zusammenarbeit wird auch durch potenzielle oder vorhersehbare Interessenkollisionen bestimmt. Beispielsweise wurden die ökologischen Anbauverbände zum geplanten Förderstopp der Maßnahme „Ökologischer Landbau für Neueinsteiger“ nicht befragt. Die Biolandvertretung kritisierte, dass das Ministerium die „scheinbar von langer Hand“ vorbereitete Pressemitteilung gegen den Ökolandbau herausgab, um den Förderstopp in der Öffentlichkeit zu begründen. So wurde von vornherein eine Konfrontation mit den Verbänden vermieden und der Eindruck erweckt, dass Entscheidungen, die starke Diskussionen auslösen, ohne die Einbeziehung der Verbände getroffen werden.

Die Kommunikation zwischen Verband und Ministerium verläuft über drei Wege:

- Formelle und informelle Gespräche
- Mitarbeit in Beiräten und Ausschüssen
- Schriftliche und mündliche Stellungnahmen.

Dabei ist der persönliche Kontakt zu Ansprechpartnern aus dem Ministerium der bedeutendste. Durch ihn werden Kommunikationsprozess und Informationsaustausch ständig in Gang gehalten. Das geschieht zum einen über den direkten Kontakt (meist telefonisch) mit den entsprechenden Ansprechpartnern der jeweiligen Referate und Fachbereiche. Beispielsweise werden Fragen zur Förderung des Ökolandbaus an das Referat 22 Abteilung 2 gerichtet. Themen, die dabei angesprochen werden, sind allerdings mehr administrativer bzw. rechtlicher Natur, wie Ablauffristen oder Veränderungen der EU-Verordnung und deren Umsetzung in den einzelnen Bundesländern.

Zum anderen kann der Verband um einen persönlichen Termin zu konkreten Problemstellungen bitten, wie es beispielsweise bei der Anerkennung von Prämienansprüchen für die Pflege von Sonderflächen (Truppenübungsflächen)<sup>3</sup> auf Initiative des Schafzuchtverbandes hin geschah. Darüber hinaus werden Vertreter des Ministeriums zu Verbandssitzungen eingeladen (Nennung vom LBV, Bioland, LVG), bei denen zu einzelnen Problemstellungen Position bezogen und Informationen ausgetauscht werden. Ein weiterer Anlass für Treffen sind die Klausurtagungen des LBV, bei denen Verbandsvertreter, Staatssekretär, Minister und Abteilungsleiter der einzelnen Fachbereiche des MLUV zugegen sind. Im Anschluss an solche Veranstaltungen ist es möglich zu intervenieren, z.B. mit schriftlichen Stellungnahmen oder auch persönlichen Terminabsprachen.

Ein- bis zweimal jährlich werden die Verbände zu einem gemeinsamen Gespräch ins Ministerium geladen, bei dem allgemeine Themen wie die GAP-Reform oder auch einzelne Maßnahmen des KULAP besprochen werden. Im Wesentlichen geht es dabei allerdings um den Austausch von Informationen. Kritisiert wird von den Verbänden, dass wichtige Informationen erst bei solchen Treffen herausgegeben werden und das Zeitlimit für Stellungnahmen meist zu knapp ist, um sinnvoll zu reagieren. Dazu äußerte die Bioparkvertretung, dass sie sich aus zeitlichen Gründen ohnehin nicht in der Lage fühle, neue fachliche Vorschläge einzubringen. Aus Sicht des Verbandes ist es einfacher, eine Stellungnahme zu bereits vorgegebenen Richtungen abzugeben. Als Beispiel für eine gute Zusammenarbeit wurde die Erarbeitung der Richtlinie für die „Fruchtartendiversifizierung“ genannt.

## **2.4 Beurteilung der Einflussnahme auf den Gestaltungsprozess von Agrarumweltprogrammen**

### **2.4.1 Einfluss der Landwirte**

Der überwiegende Teil der befragten Landwirte sieht keine direkten Einflussmöglichkeiten auf politische Prozesse. Obwohl sich 58 % der Landwirte aktiv an einer Weiterentwicklung

---

<sup>3</sup> Anerkennung der Sonderflächen im Rahmen der 1. Säule. In Brandenburg wurde die Förderung dieser Flächen über die 2. Säule im Rahmen von KULAP erreicht.

von Agrarumweltmaßnahmen beteiligen würden (MLUR 2003)<sup>4</sup>, schätzen sie ihre Einflusschancen nur sehr gering ein.

Umso wichtiger scheint es also aufzuzeigen, welche Möglichkeiten die Landwirte haben, auf die Verbandspolitik Einfluss zu nehmen. Diese hängen von drei wesentlichen Faktoren ab:

- dem organisatorischen Aufbau des Verbandes;
- der Motivation der Landwirte und deren Fähigkeit, sich in einer Gruppe zu mobilisieren;
- den persönlichen Kontakten zu Entscheidungsträgern.

Die Verbände sind zwar basisdemokratisch aufgebaut, doch verläuft die Willensbildung besonders bei größeren Verbänden, wie dem Bauernverband, über mehrere Organisationsebenen. Beispielsweise werden die Führungsgremien des Bauernverbandes nicht durch die Mitglieder gewählt, sondern durch den Vorstand der jeweils niedrigeren Organisationsstufe, wodurch die Einflussnahme durch die Basis zumindest erschwert wird. Die im Ehren- und Hauptamt tätigen Verbandsvertreter können über regelmäßige Treffen unter anderem im Präsidium, im Verbandsrat oder während des Treffens der Kreisgeschäftsführer die Verbandspolitik mitbestimmen (NIEMANN 2003). Ein direkter Einfluss durch das einzelne Mitglied auf die Politik des Bauernverbandes ist kaum möglich. Mit dem mehrstufigen System des Wahlrechts besteht die Gefahr, dass die Landesverbände oppositionellen Strömungen einzelner Unterverbände (z.B. Kreisverbände) den Zugang zur Verbandsspitze verwehren. Folglich werden im Bauernverband von Organisationsstufe zu Organisationsstufe die zum Tragen kommenden Meinungen zunehmend uniformer. Dieses Phänomen wird dadurch verstärkt, dass die Führungsgremien häufig von landwirtschaftlichen Großunternehmern beherrscht werden. Dass diese meist ökonomisch gutsituierten Landwirte in die Verbandsspitze aufsteigen können, liegt auch daran, dass sie in der Gruppe der Landwirte einen hohen Status und für gewöhnlich mehr Zeit für derartige Verbandsaufgaben haben (HEINZE 1992).

Die Mitgliederversammlung ist für den einzelnen Landwirt das wichtigste Instrument, um Einfluss auf die Verbandspolitik zu nehmen. Dies funktioniert – zumindest auf der regionalen Ebene – sehr gut und wird von den befragten Landwirten auch positiv beurteilt. Beispielsweise werden die Landwirte, die Mitglied im Biolandverband und im Landesverband für Gartenbau (LVG) sind, in Regionalgruppen aufgeteilt. So können sie mit den Verbandsvertretern intensiver in Kontakt treten und haben dadurch bessere Einflussmöglichkeiten auf deren Arbeit (Informationsweitergabe). Alle befragten Landwirte beurteilten in dieser Hinsicht die Zusammenarbeit mit den Verbandsvertretern (Kreisverbände, Regionalgruppen des Biolandverbandes) als positiv. Tendenziell sind die befragten Landwirte der Ansicht, dass der Verbandsvertreter ein geeigneter Ansprechpartner ist, über den ihre Anregungen zu den entscheidungsrelevanten Gremien weiter geleitet werden können.

---

<sup>4</sup> Im Rahmen der Halbzeitbewertung des EPLR Brandenburgs durchgeführte Befragung der Landwirte zu ihrer Bereitschaft, an der Weiterentwicklung der Agrarumweltprogramme teilzunehmen. Stichprobengröße=140.

Unabhängig von der Ebene spielen die guten persönlichen Beziehungen zu den Verbandsvertretern eine wichtige Rolle. Allerdings zeigen sich selbst die Landwirte mit guten und regelmäßigen persönlichen Kontakten sowohl zu Vertretern aus dem Verband als auch zum Ministerium eher frustriert, bei dem Versuch, Politik und Verbandsarbeit mitzubestimmen. „Man wurde angehört und dennoch kamen keine Reaktionen“, so die Kritik eines Landwirtes, die sich hauptsächlich gegen die Verbandspolitik des Bauernverbandes richtete. Der Versuch neue Ansichten und Anregungen zu vermitteln bzw. Innovationen zur Umsetzung zu bringen, scheiterte an der Unbeweglichkeit und dem Mangel an Innovation.

Ein nicht unwesentlicher Faktor dabei seien die zwischenmenschlichen Beziehungen und die Organisations- sowie die Altersstruktur des Bauernverbandes. Hier träfen die alte und die neue Generation aufeinander und eingefahrene Ansichten würden häufig die Kommunikation behindern und eine Einflussnahme erschweren. Der Generationenkonflikt hänge zum Teil damit zusammen, dass die Verbandsführung des Bauernverbandes sehr lange im Amt bleibt. Auch verabschiedete sich der Verband nur langsam von seiner „polemischen“ Ideologie gegenüber anderer Wirtschaftsweisen (z.B. Ökolandbau, kleinbäuerliche Betriebe), umgekehrt würden die konventionellen Betriebe oft als Agrarindustrielle bezeichnet werden.

#### **2.4.2 Einfluss der Verbände**

Die Einflussmöglichkeiten der Verbände auf die Gestaltung von AUM durch Kommunikationsprozesse werden bestimmt durch:

- die Organisationsfähigkeit;
- die Ressourcenausstattung und ihre Verteilung;
- die Informationelle Kompetenz und
- die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Erst durch die Organisation einzelner Interessen wird es möglich, diese gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik effizient und effektiv zu artikulieren. Die Institutionalisierung (Schaffung informeller und formaler Strukturen) ermöglicht eine dauerhafte Beeinflussung der Adressaten. Ein entscheidender Faktor dabei ist das geschlossene Auftreten, vor allem wenn es sich um eine Randgruppe der Gesellschaft handelt. Daher entscheiden sich viele Landwirte trotz der im vorangegangenen Abschnitt aufgezeigten Interessengegensätze und Kritik dafür, sich einem großen Verband, wie dem Bauernverband, anzuschließen. Der Bauernverband wird aufgrund seiner Organisationsdichte und Repräsentativität klar als die stärkste landwirtschaftliche Interessenvertretung in Brandenburg wahrgenommen.

Die Organisation landwirtschaftlicher Interessen in einem Verband garantiert zudem eine kontinuierliche Ressourcensicherung. Darunter ist die Bereitstellung sowohl finanzieller Mittel als auch das Einbringen von Zeit und Informationen gemeint. In diesem Zusammenhang spielt die Verbandsgröße eine wesentliche Rolle. Allerdings ist für den Erfolg eines

Verbandes ebenso das Zusammenwirken der einzelnen Faktoren wichtig. Beispielsweise kann das Handeln des Verbandes am fehlenden Interesse des Mitgliedes (z.B. durch Teilnahme an Demonstrationsveranstaltungen) scheitern. Insofern ist die Fähigkeit des Verbandes, seine Mitglieder für bestimmte Aktionen zu mobilisieren ein wichtiger Aspekt. Der Biolandverband beklagt sich zum Beispiel darüber, dass sich der Ökosektor in der Vergangenheit zu wenig zur Wehr gesetzt hat, wodurch auch dessen Einfluss entsprechend gering war.

Neben der internen Gruppendynamik sind das Engagement des Verbandsvertreters und dessen persönliche Kontakte zur Ministerialbürokratie entscheidende Einflussfaktoren.

Weitere Möglichkeiten, verbandlichen Einfluss geltend zu machen, sind die institutionelle Verzahnung mit den entscheidenden Politikbereichen und die Konzentration der Verbandsaktivitäten auf der parlamentarischen Ebene. Die Mitwirkung von Verbandsfunktionären in Ausschüssen der Landesparlamente ist insofern für den Verband von Interesse, als hier die eigentliche Gesetzgebungsarbeit vollzogen wird (ACKERMANN 1982). So konnte der Bauernverband Mitte der 60er Jahre maßgeblich an einem Landwirtschaftsgesetz mitwirken, das die Sonderstellung der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftssektoren hervorhob und dadurch die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe und Subventionen legitimierte (HEINZE 1992).

Unter informationeller Kompetenz werden die fachliche und inhaltliche Spezialisierung der Verbandsarbeit und deren Ziele verstanden, wodurch spezifische Fähigkeiten bzw. Kompetenzen erworben werden können (WILLEMS 2000). Damit verbunden ist auch eine Professionalisierung der Verbandstätigkeit, beispielsweise durch Bildung eines Stabs von Aktivisten oder hauptamtlichen Mitarbeitern (Fachabteilungen bzw. -ausschüsse des LBV, Öffentlichkeitsarbeit des Biolandverbandes, usw.). Die von ihnen geleistete fachliche und inhaltliche Arbeit kann die Argumentationskraft stärken, indem wichtige Informationen für politische Entscheidungsprozesse bereitgestellt werden. Insofern sind Informationen eine wichtige Ressource für die politische Beeinflussung. Nach WINTER (2001) stellen sie sogar eine zentrale Voraussetzung für die einflussreiche Position eines Verbandes und somit für den Zugang zur Politik dar. Der Großteil der befragten Verbände bemängelte, dass sie erst sehr kurzfristig oder gar nicht über Änderungen der Richtlinien zu Agrarumweltprogrammen informiert wurden, so dass für sie nur wenig Möglichkeit besteht, sich fachlich und inhaltlich zu beteiligen. Würde eine Einbindung der Verbände in den politischen Entscheidungsprozess durch das Ministerium rechtzeitig ermöglicht, wie es z.B. im Rahmen der GAP-Reform bei der Modulation oder auch bei der Diskussion der Maßnahme Fruchtartendiversifizierung der Fall war, dann gäbe es auch die Möglichkeit der Einflussnahme, so der Bioparkverband. Demgegenüber wird immer wieder betont, dass es eben eine der Aufgaben des Verbandes sei, sich selbst aktiv Informationen zu beschaffen.

Kleinere Verbände versuchen organisatorische oder ressourcenbedingte Defizite durch die Bildung von Allianzen zwischen den landwirtschaftlichen Berufsverbänden und Allianzen mit sonstigen einflussreichen Organisationen im Agrarsektor auszugleichen (z.B. Mitgliedschaft

von Gäa und Biopark im Bund Ökologischer Landwirtschaft, BÖLW). Über die Verbindung mit ressourcenstarken Organisationen erhalten auch randständige Interessengruppen im Agrarbereich (z.B. die Biobauern) die Möglichkeit, gemeinsame Ziele gegenüber den staatlichen Organen zu vertreten. Weniger starke Verbände erhöhen ihre Einflussmöglichkeiten durch eine assoziative Mitgliedschaft im Bauernverband (Biopark, LVG, Schafzuchtverband).

Obwohl der Bauernverband im Vergleich mit anderen berufsständischen Verbänden einen größeren Einfluss hat und höhere Akzeptanz von Seiten des Ministeriums genießt, suchen die meisten ökologischen Anbauverbände – mit Ausnahme von Biopark – keine assoziative Mitgliedschaft. Es bestehe die Gefahr, die eigentlichen Interessen hinter den Kompromiss-schließungen zurückzustellen und insgesamt für den Ökosektor eine schwächere Position auszufüllen. Problematisch ist nach Aussagen der Biolandvertretung auch, dass der Bauernverband für sich die alleinige Vertretung des ökologischen Landbaus gegenüber dem Ministerium in Anspruch nimmt und somit die ökologischen Verbände in den Hintergrund drängt. Um dem entgegen zu wirken, versuchen letztere über den Sprecher des Agrarpolitischen Arbeitskreises eigene intensive Kontakte zum Ministerium herzustellen.

Neben den verbandsinternen Faktoren bestimmen die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen die Einflusschancen eines Verbandes. Je mehr die gruppenspezifischen Ziele und Interessen in der Öffentlichkeit anerkannt werden (Gemeinwohlorientierung), desto besser lassen sich diese vertreten und finden eher Eingang in die politischen Programme. Daher ist die Stellung des Verbandes bzw. des Verbandsvertreters zu den politischen Akteuren sowie dessen Argumentationslinie, die er bei der Beeinflussung von Politik und Gesellschaft verfolgt, entscheidend. Obwohl sich die politischen Rahmenbedingungen auf der EU- und der Landesebene im Hinblick auf eine zunehmende Einbindung von umwelt- und naturschutzfachlichen Aspekten in der Agrarpolitik geändert haben<sup>5</sup>, schätzt der Biosektor seine Einflussmöglichkeiten weiterhin gering ein. Als ein Grund dafür wird der Mangel an Verständnis für den Ökolandbau bei den Entscheidungsträgern im Ministerium genannt. Hier wurden des Öfteren auch namentlich zwei „Betonköpfe“ genannt.

### **3. Schlussfolgerungen**

#### **3.1 Vergleich der Ziele und Interessen**

Beim Vergleich der Ziele und Interessen von Verbänden und deren Mitgliedern konnten abweichende Positionen und Ansichten festgestellt werden. So verfolgt beispielsweise der Biolandverband neben der allgemeinen Beibehaltung der Förderung des ökologischen Landbaus auch das Ziel, Neueinsteiger weiter zu fördern. Einige der befragten Landwirte

---

<sup>5</sup> Stärkung des Umwelt- und Naturschutzes durch die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes 2003. Darin werden erstmals die Regeln der Guten Fachlichen Praxis festgelegt (RIEDEL 2002).

sprachen sich klar dagegen aus. Ein anderes Beispiel betrifft den LBV, der sich in seiner agrarpolitischen Arbeit wesentlich stärker auf die Beibehaltung der Ausgleichszahlungen konzentriert, obwohl den Landwirten eine leistungsorientierte Honorierung, wie sie über die AUM möglich ist, wichtiger wäre.

Diese zwei Beispiele deuten auf die Grenzen einer Interessenvertretung hin. Der Anspruch, ein vollständiges Meinungsbild seiner Mitglieder zu vertreten, kann durch keinen Verband erfüllt werden. Zum einen stellt sich die Herausforderung an den Verband, die unterschiedlichen Ansprüche und Interessen der einzelnen Mitglieder (meist sind sie auf dem Markt harte Konkurrenten) gegenüber Politik und Gesellschaft in einer gemeinsamen Linie zu artikulieren. Zum anderen sind die Verbände selbst oft anderen Verbänden angeschlossen. Im Bauernverband finden sich durch den gestuften Organisationsaufbau (Kreis-, Landes- und Deutscher Bauernverband) teilweise innerverbandliche Interessengegensätze, wie z.B. die Uneinigkeit zwischen Landes- und Dachverband in der Gentechnikfrage (NIEMANN 2003, 199). Hinzu kommt, dass alt eingefahrene Ansichten der älteren Generation auf die der neuen Generation stoßen. Infolge dessen zwingen die z.T. divergierenden Interessen häufig zu Kompromissen. Die Interessen sowohl der Verbände als auch der einzelnen Mitglieder werden dann zugunsten einer einheitlichen Position zurückgestellt (LIETZAU et al. 2005).

In den wichtigsten Punkten allerdings vertreten Verbandsvertreter und Landwirte die gleichen Ziele: Agrarumweltmaßnahmen sollen der Sicherung des Einkommens, der Verbesserung der Umwelt und der Verbesserung der Produktqualität dienen. Der wesentliche Unterschied bestand im Konkretisierungsgrad der Informationen zu diesen drei Zielbereichen. Dieser zeigte sich besonders bei der Gegenüberstellung der Aussagen (Kritiken und Anregungen) zu den Grünlandmaßnahmen, wie Tabelle 3 verdeutlichen kann.

**Tabelle 3: Kommunikationsinhalte am Beispiel der Grünlandprogramme (Auswahl)**

Aussagen von Landwirt	Aussagen von Verbandsvertretern
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Für Moorstandorte unzureichend, da zu unflexibel und nicht an die dortigen Bedingungen angepasst</li> <li>– Umfassende Erhebung z.B. von Streuobstwiesen oder Moorstandorten erforderlich - in engerer Zusammenarbeit mit dem Naturschutz – um so die Maßnahmen gezielter anwenden zu können</li> <li>– Es sollte die Möglichkeit bestehen, flexibler auf bestimmte Standortbedingungen oder Naturereignisse (z.B. Klima) zu reagieren (z.B. Distelbewuchs auf extensiv bewirtschafteten Bereichen durch zeitweiliges intensives Bearbeiten behindern – besonders nach trockenen Jahren)</li> <li>– Fachliche Kompetenzen im Anwendungsbereich von AUM anbieten (außerhalb der Landwirtschaftsämter)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Flexiblere Gestaltung</li> <li>– Beibehaltung der Grünlandprogramme, allerdings in reduzierter Form</li> <li>– Maßnahmenpakete genauer und konkreter formulieren</li> <li>– Strengere Richtlinien</li> </ul>

Während die Verbandsvertreter Prioritäten setzten und allgemeine Ziele formulierten, gingen die Landwirte bei ihren Aussagen stärker ins Detail und benannten Verbesserungsvorschläge mit zum Teil konkreten Handlungsanweisungen. Informationen der Landwirte sind also mehr auf Einzelfälle und auf ihre individuellen Erfahrungen bezogen. Verbände hingegen sind in der Lage, die Informationen zu bündeln und politikfähig zu machen.

Es lässt sich schlussfolgern, dass bei einer frühzeitigen Einbeziehung der Landwirte Förderprogramme besser an die tatsächlichen betrieblichen Erfordernisse angepasst werden könnten und somit zu einer höheren Akzeptanz führen würden.

### **3.2 Kommunikationsbeziehungen und Einflussnahme**

Der Verband bzw. der Verbandsvertreter spielt eine entscheidende Rolle als Vermittler zwischen seinen Mitgliedern und der ministerialen Entscheidungsebene. Er sammelt über verschiedene Kommunikationswege Informationen, Anregungen und Kritiken von seinen Mitgliedern. Im Hinblick auf die Agrarumweltmaßnahmen zeigte sich, dass dieser Prozess eher eine spontane und unstrukturierte Informationssammlung ist. So kann lediglich ein Meinungsprofil der Mitglieder erstellt und die allgemeinen Interessen der Landwirte vertreten werden. Allerdings gibt es zu den AUM keinen direkten Austausch zwischen Landwirt und Verband, da die AUM nur selten Thema von Mitgliedsversammlungen sind. Demzufolge ist der alleinige Vertretungsanspruch der Verbände fraglich, dazu müssten die Informationen von den Landwirten viel gezielter gesammelt werden. Ein Ziel- bzw. Interessenvergleich weist darauf hin, dass Landwirte und Verbandsvertreter im Allgemeinen deckungsgleiche Informationen in den Gestaltungsprozess einbringen würden, allerdings mit einem unterschiedlichen Detailgehalt. Dadurch, dass wichtige Informationen nicht detailliert genug erfasst werden, wird die Qualität der Verbandsbeteiligung negativ beeinflusst.

Um ein Fazit aus den beschriebenen Kommunikationsdefiziten zu ziehen, ist die Betrachtung der politischen Intention der Entscheidungsträger nötig. Sind landesweit einheitliche Agrarumweltprogramme gewollt, ist die Beteiligung von Verbänden ausreichend. Ist hingegen die Aufstellung regionalisierter AUM das politische Ziel, ist eine Beteiligung lediglich der Verbände unzureichend, da detaillierte Informationen der Landwirte fehlen.

### **3.3 Einflussmöglichkeiten**

Die Einflussmöglichkeiten der Akteure sind sehr unterschiedlich und hängen von mehreren Faktoren ab, unter anderem von den Beteiligungsprozessen zur Ausgestaltung von AUM. Bei der bisherigen Programmplanung zu den AUM wurden im Rahmen des ländlichen Entwicklungsplans nur der Landesbauernverband als landwirtschaftliche Interessenvertretung<sup>6</sup> bera-

---

<sup>6</sup> Daneben wurden der Naturschutzverband World Wide Fund for Nature (WWF) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) sowie der Dachverband der Landespflegeverband (DVL) beratend hinzugezogen.

tend hinzugezogen (MLUR 2003, 11). Um eine möglichst breite Interessenwahrnehmung zu gewährleisten, müssten an der Gestaltung der AUM jedoch alle landwirtschaftlichen Interessenvertretungen beteiligt werden.

Die Einbeziehung der Verbände hat bisher lediglich einen informierenden Charakter. Das Ministerium bittet die Verbände teilweise um Stellungnahmen und informiert sie gleichzeitig über den Stand der Erarbeitung. Dies wird im Grundsatz auch durch die EU-Vorgaben vorgeschrieben<sup>7</sup>. Durch das Einbringen von schriftlichen oder mündlichen Stellungnahmen findet zwar Beteiligung statt, jedoch lässt dies nicht auf eine tatsächliche Beeinflussung der Ausgestaltung von Agrarumweltmaßnahmen schließen. Dafür müssten Informationen nicht nur ausgetauscht werden, sondern Ansichten und Meinungen der beteiligten Akteure auch zur Diskussion stehen, um darauf aufbauend gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten. In dieser Hinsicht bedeutet die neue Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER-VO) einen entscheidenden Richtungswechsel<sup>8</sup>. Ein wesentlicher Grundsatz darin ist die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure sowohl in die Vorbereitungs- als auch in die Umsetzungsprozesse der Planungen. Zur Zeit der Untersuchung wurde im Begleitausschuss für die operationalen Programme<sup>9</sup> unter anderem über die zukünftige Rolle von Wirtschafts- und Sozialverbänden (darunter auch die Gruppe der untersuchten berufsständischen Verbände) im Gestaltungsprozess von Agrarumweltprogrammen diskutiert. Dabei wurden der Landesbauernverband und der Deutsche Verband für Landschaftspflege beratend tätig (MLUR 2003). Im Ergebnis entschied sich das Brandenburger Ministerium für die Bildung von drei Arbeitsgruppen nach den drei Schwerpunktbereichen Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt- und Landmanagement (z.B. Agrarumweltprogramme) sowie Diversifizierung und Lebensqualität<sup>10</sup>. Die Arbeitsgruppen setzen sich aus den Wirtschafts- und Sozialverbänden sowie aus jeweils einer Bewilligungsbehörde und einem Moderator zusammen. In Workshops sollen dann gemeinsam Schwerpunkte und Prioritäten ausformuliert werden, auf deren Grundlage eine gemeinsame Entscheidung getroffen wird (GELLRICH 2005). Es bleibt abzuwarten, wie dieser Prozess in der Praxis abläuft.

Ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung von Interessen und Zielen ist die Bildung von Allianzen, insbesondere für Gruppen, die im Agrarbereich eher zu den Minoritäten gehören (Biosektor). Vorhandene Ressourcen können dadurch besser genutzt werden. Beispielsweise können Informationen effizienter ausgetauscht und gemeinsame Interessen effektiver vertreten werden. Die fachliche und inhaltliche Zusammenarbeit stärkt die Argumentationskraft. Gleich-

---

<sup>7</sup> vgl. Artikel 43 der VO (EG) Nr.1257/1999

<sup>8</sup> Artikel 6 der VO (EG) 1698/2005

<sup>9</sup> Das operationale Programm von Brandenburg ist ein gemeinschaftliches Förderkonzept und beinhaltet sechs Schwerpunktbereiche, unter anderem Strukturmaßnahmen im Bereich ländlicher Entwicklung, die konzeptionell im ILE (Konzept integrierter ländlicher Entwicklung) eingebunden sind. Die Maßnahmen sollen Impulse für den gesamten äußeren Entwicklungsraum geben (Brandenburg 2000).

<sup>10</sup> Entspricht den drei Schwerpunktachsen der ELER-Verordnung.

zeitig können so die Informationsdefizite (zu spät oder unzureichend vom Ministerium informiert) ausgeglichen werden. Bisher schätzen die Verbände sowohl ihren Einfluss auf als auch ihre Akzeptanz durch das Ministerium sehr gering ein, obwohl sie dem durch ihr gemeinsames Auftreten entgegenwirken. Umso wichtiger ist es, dass die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Verbände stärker fokussiert wird. Dadurch können die Interessen stärker in das Bewusstsein sowohl der Bevölkerung als auch des Ministeriums gebracht werden. Ziel ist der Aufbau klarer Argumentationslinien und die Präsentation des Verbandes als konfliktfähige Organisation, die Entscheidungen nicht einfach hin nimmt, aber auch zu Kompromissen bereit ist.

Der Bauernverband besitzt aufgrund seiner Ressourcenstärke die besten Chancen für eine Mitgestaltung der AUM. Durch die assoziativen Mitgliedschaften schwächer organisierter Verbände verstand er es, auch andere Interessen in seine Verbandspolitik zu integrieren. Allerdings zeigte sich auch, dass diese in der politischen Diskussion oft wenig beachtet werden. Nicht alle Landwirte unterstützen die Verbandspolitik des Bauernverbandes widerspruchslos. Der Generationswechsel, der sich hier nach und nach vollzieht, und neue Projekte, die ins Leben gerufen wurden, lassen hoffen, dass sich dies in naher Zukunft ändert. Dazu gehört auch, dass er sich wieder mehr als Vertreter aller Landwirte sieht, seine Stärken erkennt und diese gegenüber der Politik zugunsten der Landwirte besser nutzt. Dies bedeutet nicht, dass die Verbandsvielfalt aufgegeben werden sollte. Der Agrarpolitische Arbeitskreis vertritt zwar nur rund 11 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg<sup>11</sup>, ist aber aufgrund seiner Schwerpunktsetzung auf den ökologischen Landbau in der politischen Diskussion um AUM (Beispiel: das KULAP-Maßnahmenpaket) besonders wertvoll.

#### 4. Ausblick

Das besondere Potenzial des Landwirtes besteht darin, dass er durchaus wertvolle Beiträge zur Ausgestaltung von AUM leisten kann. Dazu muss ihm allerdings auch die Möglichkeit gegeben werden. Die Bereitschaft und Motivation der Landwirte zu aktiver Teilnahme ist hoch. Genauso hoch ist allerdings auch die Skepsis gegenüber der Politik und zum Teil auch gegenüber den Fähigkeiten der Verbände diese zu beeinflussen. Es wird bezweifelt, dass die im Rahmen einer Beteiligung erzielten Ergebnisse bei den politischen Entscheidungsträgern auf Resonanz stoßen. Viele Landwirte wenden sich resigniert ab und werden zu Zuschauern im politischen aber auch im innerverbandlichen Geschehen. Dadurch geht sowohl den Verbänden als auch den politischen Entscheidungsträgern ein wichtiger Informationspool verloren. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, könnten auf Seiten der Verbände zumindest in der aktuellen politischen Debatte problemorientierte Diskussionsrunden, z.B. als Bestandteil von Mitgliederversammlungen, initiiert werden. Voraussetzung ist, dass sich der

---

<sup>11</sup> Davon sind ca. 51 % in einem der ökologischen Anbauverbände organisiert. Da die nichtorganisierten Landwirte von den Ergebnissen der Verbandsarbeit profitieren, wurden sie in diese Rechnung einbezogen.

Verband mit der Thematik Agrarumweltmaßnahmen auseinandersetzt. Dies ist nicht selbstverständlich: Der Verband der Landwirte im Nebenberuf e.V. ist hier nicht aktiv, obwohl die Maßnahmen besonders von den Nebenerwerbslandwirten in Anspruch genommen werden (MLUR 2003). Die Einbeziehung dieser Gruppe ist also besonders wichtig und könnte über eine (Doppel-) Mitgliedschaft in einem der ökologischen Anbauverbände oder dem Landesbauernverband erfolgen.

Allerdings reicht dies alleine nicht aus. Vielmehr müssen Instrumentarien geschaffen werden, die eine kontinuierliche Kommunikation, Koordination und Kooperation zwischen den für den Entscheidungsprozess relevanten Akteuren ermöglichen. Damit sind neben Landwirten und deren berufsständischen Vertretern, auch Vertreter von Landwirtschaftsämtern, Umweltverbänden oder Forschungseinrichtungen gemeint. Durch diesen Prozess können die besonderen Potenziale dieser Akteure genutzt werden. Gleichzeitig würden kooperative und kreative Prozesse sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verbände in Gang gesetzt werden. Notwendig dafür wäre zum einen die Verstärkung von Informationsflüssen auf allen Ebenen und zum anderen die Schaffung stabiler Foren, die Raum für einen dauerhaften Austausch bieten. Bisher waren solche Foren, wie z.B. die im GRANO Projekt<sup>12</sup> erprobten Agrarumweltforen, zeitlich begrenzt und konnten - bedingt durch hohen Managementaufwand und unzureichende Verzahnung - nur geringen Einfluss auf die ministeriale Entscheidungsebene ausüben.

Ein möglicher Rahmen zur Institutionalisierung solcher Foren sind die Landschaftspflegeverbände (LPV), in denen Landwirte, Kommunen und andere öffentliche Institutionen sowie der Naturschutz paritätisch vertreten sind und zusammen arbeiten. Erfolgreich wäre dieser Ansatz aber nur, wenn die politische Seite dies als relevant akzeptiert und es gelänge, zwischen den Akteuren ein stabiles Vertrauensverhältnis aufzubauen.

## Literatur

- ACKERMANN, P. (1982): Interessendurchsetzung: das Beispiel des Deutschen Bauernverbandes. – In: SCHMID (Hrsg.): Verbände – Lehr- und Arbeitsbuch der Politikwissenschaft. – R. Oldenbourg Verlag München Wien: 29-36
- ALEMANN, U. VON (2005): Interessenverbände in Deutschland. - Deutsche Verbände Forum in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V. (Hrsg.). Bonn – In: [www.verbaende.com/files/pdfs/Was\\_sind\\_Verbaende.pdf](http://www.verbaende.com/files/pdfs/Was_sind_Verbaende.pdf), 3.10.2005
- BÖCKMANN, T.; NÖLTING, B. (2005): Struktur der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft in Brandenburg und Berlin – Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Discussion Paper Nr. 18/05, Zentrum für Technik und Gesellschaft (ZTG) an der TU Berlin. In: [http://www.tu-berlin.de/ztg/pdf/Nr\\_18\\_Noelting-Boeck.pdf](http://www.tu-berlin.de/ztg/pdf/Nr_18_Noelting-Boeck.pdf), 7.8.2006

---

<sup>12</sup> Ansätze für eine dauerhaft umweltgerechte landwirtschaftliche Produktion: Modellgebiet Nordost-Deutschland (GRANO)

- DBV, Deutscher Bauernverband (2005): Der Deutsche Bauernverband – Agrarpolitik im Netz. – In: <http://www.bauernverband.de>, 26.10.2005
- DGVM, Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement (Hrsg., o.J.): Strategische Allianzen im Lobbybereich – Effektivere Lobbyarbeit für Verbände und Unternehmen durch Aufbau von Koalitionen. – Verbände Report – In: [www.verbaende.com](http://www.verbaende.com), 8.7.2005
- DGVM, Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement (2005): Kleines ABC der Verbände. – In: [www.verbaende.com/files/pdfs/ABCderVerbaende.pdf](http://www.verbaende.com/files/pdfs/ABCderVerbaende.pdf), 3.9.2005
- GELLRICH (2005): Strategie des Brandenburger Ministeriums zur ELER-VO. - Referat zur AgrarBündnis-Tagung: Neue Programme für die ländliche Entwicklung - Strategien zur Umsetzung der ELER-VO in den Bundesländern. 29.-30.9. 2005. – Fulda: mündlich
- HEINZE, R.-G. et al. (1992): Der Deutsche Bauernverband und das „Gemeinwohl“. – In: MAYNTZ, R. (Hrsg.): Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl. – Verl. Bertelsmann Stiftung: 122-158
- ILLSLEY, B.M. (2003): Fair participation - a Canadian perspective. – In: Land Use Policy 20: 265-273.
- KORF, B. (2004): Making Sense of Bottom-up in rural Development. – In: VAN HUYLENBROECK, G.; VERBEKE, W.; LAUWERS, L. (Hrsg.): Role of Institutions in Rural Policies and Agricultural Markets. Amsterdam: Elsevier: 423-437.
- LIETZAU, W. ET AL. (2005): Was sind Verbände. – Deutsche Verbände Forum in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V. (Hrsg.). Bonn – In: [www.verbaende.com/files/pdfs/Was\\_sind\\_Verbaende-WL-TZ\\_1.pdf](http://www.verbaende.com/files/pdfs/Was_sind_Verbaende-WL-TZ_1.pdf), 8.9.2005
- LLG BERNBURG, Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau, Sachsen Anhalt (2004): mündliche Auskunft, 8.7.2004.
- MLUR, Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (Hrsg., 2003): Halbzeitbewertung des Plans zur Entwicklung des ländlichen Raums (EPLR) gemäß VO (EG) Nr. 1257/1999. – Potsdam
- MLUV, Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (Hrsg., 2004): Agrarbericht 2005 zur Land- und Ernährungswirtschaft des Landes Brandenburgs. – Potsdam
- NIEMANN, E. (2003): Das Interessengeflecht des Agrobusiness. – In: LEIF, T. und SPETH, R. (Hrsg.): Die Stille Macht - Lobbyismus in Deutschland. – Westdeutscher Verlag Wiesbaden: 186-212
- PRAGER, K. (2002): Akzeptanz von Maßnahmen zur Umsetzung einer umweltschonenden Landbewirtschaftung bei Landwirten und Beratern in Brandenburg. Weikersheim: Margraf (Schriftenreihe Kommunikation und Beratung 48)
- RIEDEL, W. (2002): Landschaftsplanung und Landwirtschaft – vom Konflikt zum wechselseitigen Nutzen. – In: Landwirtschaft und Landschaftsplanung: 10-26
- WILLEMS, U. (2000): Probleme, Bedingungen und Strategien der Organisation moralischer Forderungen - Elemente einer Theorie der Repräsentation allgemeiner sowie advokatorisch verfochtener Interessen. – In: WILLEMS, U. und VON WINTER, T. (Hrsg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen. – Opladen: 61-92

- WINTER, T. VON (2001): Verbändermacht im kooperativen Staat. – In: GOURD, A. und NOETZEL, T. (Hrsg.): Zukunft der Demokratie in Deutschland. – Hans Karl Rupp zum 60. Geburtstag. – Opladen: Leske+Budrich: 211-234
- WOLF, D. (2001): Deutscher Bauernverband: Einfluss und Rechtsbefolgung. – In: ZIMMER, A. (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland. – Opladen: Leske+Budrich.
- WOLLMANN, H. (2001): Politikberatung. – In: NOHLEN, D. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. – München: Beck

## **Anhang 1 - KULAP-Maßnahmenpaket**

### **Teil A Umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum erhaltende Bewirtschaftung und Pflege des Grünlandes**

- A1:** Extensive Grünlandnutzung
- A2:** Extensive Bewirtschaftung sowie Pflege von überflutungsgefährdetem Flussauengrünland
- A3:** Späte und eingeschränkte Grünlandnutzung
- A4:** Mosaikartige Grünlandnutzung
- A5:** Erschwerte Bewirtschaftung und Pflege von Spreewaldwiesen
- A6:** Pflege von ertragsschwachem Grünland und Heiden mittels Beweidung
- A7:** Pflege von Streuobstwiesen

### **Teil B Umweltgerechter Acker- und Gartenbau sowie Sicherung reich strukturierter Feldfluren**

- B1:** Integrierter Obst- und Gemüseanbau
- B3:** Ökologischer Landbau
- B4:** Erosionsmindernde / bodenschonende Maßnahmen
- B5:** Umwandlung von Ackerland in extensives Grünland
- B6:** Dauerstilllegung von Ackerland auf ökologisch sensiblen Flächen

### **Teil C Erhaltung genetischer Vielfalt**

- C1:** Züchtung und Erhaltung vom Aussterben bedrohter Rassen,
- C2:** Erhaltung bedrohter regionaler Kulturpflanzen

### **Teil D Pflege und Erhaltung von Teichlandschaften**

### **Teil E Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der Modulation**

- E1:** Fruchtartendiversifizierung\*\*
- E2:** Winterbegrünung\*\*
- E3:** Biologisch und technischer Pflanzenschutz\*\*

\* Programm wurde nicht geöffnet und ab 2003 aus dem KULAP genommen.

\*\* Die Maßnahmen B7, B8 und B9 wurden im Rahmen der Modulation ergänzend zu den AUM 2003 eingeführt. B7 ist nur für ökologisch und B8 sowie B9 nur für konventionell bzw. integriert wirtschaftende Landwirtschaftsunternehmen zugelassen.

## Anhang 2 - Fragebogen Landwirte

### Allgemein

- Sind Sie Landwirt im Neben- oder Haupterwerb?
- Wie gestaltet sich die betriebliche Struktur?
- Welche Funktion üben Sie außerhalb ihres Betriebes aus?
- Durch welchen Verband werden Sie vertreten?
- Warum sind Sie Mitglied in diesem Verband? / Warum sind Sie kein Mitglied in einem Verband?

### Kontakt zu den Verbänden

- Haben Sie einen Ansprechpartner in dem Verband?
- Zu welchen Gelegenheiten kommt der Kontakt zu dem Verband zustande? Ist die Kontaktaufnahme im Jahresverlauf gleich oder gibt es Schwankungen?
- Wer geht bei der Kontaktaufnahme auf wen zu?
- In welcher Form ist der Kontakt hauptsächlich?
- An wen wenden Sie sich bei Fragen zu den AUM? Welche Fragen richten Sie an Ihren Ansprechpartner?

### Teilnahme an Agrarumweltmaßnahmen des KULAP 2000

- Nehmen Sie an Agrarumweltmaßnahmen teil?  
Wenn ja:
  - an welchen?
  - Warum nehmen Sie an dieser Maßnahme teil?Wenn nein:
  - Gibt es AUM, an denen Sie teilnehmen würden?
  - Warum haben Sie bisher noch nicht an einer AUM teilgenommen?
- Denken Sie, die AUM, an denen Sie teilnehmen, verbessern die Umweltqualität?
- In welchen Bereichen besonders?

### Mitgestaltung

- Haben Sie Verbesserungsvorschläge / Anregungen zu den AUM?
- Wie würde für Sie ein gutes Programm aussehen? Was müsste sich ändern?
- Sind Sie zufrieden mit der derzeitigen Ausgestaltung der Maßnahmen?
- An wen geben Sie ihre Anregungen weiter? Wer erscheint Ihnen in diesem Fall als ein sinnvoller Ansprechpartner?
- Haben Sie Kontakt zum Ministerium? Wie wird dort mit Ihren Problemen umgegangen?

## **Anhang 3 - Fragebogen Verbandsvertreter**

### **Allgemein**

- Sind Sie selbst Landwirt?
- Welche Position haben Sie innerhalb des Verbandes?
- Wie viele Mitglieder hat der Verband in Brandenburg?

### **Kontakt zum Landwirt**

- Bei welchen Gelegenheiten nehmen Sie Kontakt zum Landwirt auf? Ist die Kontaktaufnahme im Jahresverlauf gleich oder gibt es Schwankungen?
- Wer geht bei der Kontaktaufnahme auf wen zu?
- In welcher Form ist der Kontakt hauptsächlich?
- Haben Sie auch Kontakt zu nicht organisierten Mitgliedern?
- Wie werden Informationen zu den AUM an die Landwirte weitergegeben?
- Bekommen Sie von den Landwirten Anregungen zur Gestaltung der AUM? In welchen Bereichen?

### **Agrarumweltmaßnahmen des KULAP 2000**

- Wie häufig sind die AUM Thema bei Versammlungen bzw. bei Kontakten?
- Welche Bereiche werden am häufigsten angesprochen?
- Welche Ziele verfolgen Sie in Bezug auf die AUM?
- Sind Sie zufrieden mit der derzeitigen Ausgestaltung der Maßnahmen?
- Was müsste Ihrer Ansicht nach verändert werden, um die Qualität der AUM zu verbessern?
- In welchen Bereichen besonders?
- Wie erhalten Sie aktuelle Informationen zu den AUM?
- Wann werden Sie informiert? Werden Sie Ihrer Meinung nach rechtzeitig genug informiert, um Einfluss auf die Ausgestaltung der AUM zu nehmen?
- Wie schätzen Sie Ihre inhaltliche und fachliche Einflussnahme auf die Gestaltung der AUM ein?

### **Kontakt Ministerium?**

- Haben Sie Kontakt zum Ministerium? Wer ist Ihr Ansprechpartner, wenn es um AUM geht?
- Bei welchen Gelegenheiten nehmen Sie Kontakt zum Ministerium auf?  
Ist die Kontaktaufnahme im Jahresverlauf gleich oder gibt es Schwankungen?
- Wie oft finden Verbandsanhörungen / Beratungsgespräche zu den AUM im Ministerium statt?
- Wie wird mit Ihren Anregungen im Ministerium umgegangen?
- Welche Faktoren bestimmen, welche Themen im Ministerium angesprochen werden?

## Anhang 4 - Anregungen und Kritiken der Verbandsvertreter zu den AUM

Verband	Anregungen	Schwerpunktbereiche
LBV	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Existenzsicherung für die Landwirte</li> <li>- Beibehaltung der Extensivierungsprogramme</li> <li>- E1: zurückschrauben, definiert sich aus der GfP</li> <li>- E2: wird i. d. R. gemacht, sollte nicht gefördert werden</li> <li>- B6: raus aus KULAP, Grundfinanzierung durch GAP mit BIP</li> <li>- E3: sinnvoll</li> <li>- B3: weiter fördern, nur als Anschubfinanzierung</li> <li>- B4: kein Schwerpunkt, abhängig davon, wie viel im Finanztopf</li> <li>- C2: kein Schwerpunkt, sollte aber Bestand haben</li> <li>- C1: kein flächendeckender Beitrag – latent am Leben erhalten, eher interessant für Rinderzucht- und Schafzuchtverband</li> <li>- Flächen aus der Produktion nehmen – pflegen und offen halten</li> <li>- Wenige Geld lieber in Betriebe mit Tierhaltung geben</li> <li>- Flexible AUM</li> <li>- Grünlandprogramme: Überkompensation, insgesamt reduzieren</li> </ul>	Extensive Grünlandprogramme, Ausgleichszahlung, Förderung ländlicher Raum (Verarbeitung tierischer und pflanzlicher Produkte)
VLN	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bürokratieabbau</li> <li>- Gelder sind nicht an Produktion gekoppelt – gute Strategie</li> </ul>	Kein Thema
Biopark	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Überschneidungen, zu breit gefächert</li> <li>- Genauere Maßnahmenpakete nötig</li> </ul>	B3, E1, Grünlandprogramme
Bioland	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ökologische Leistungen mehr berücksichtigen</li> <li>- Strengere Richtlinien</li> <li>- AUM müssen mehr auf Qualität der Produkte abzielen</li> <li>- konv. und ökolog. Landbau müssen ihre Berechtigung haben</li> <li>- B3: Beibehaltung, nicht in dieser Form, Förderung der Umsteller</li> <li>- E1: Notwendigkeit Boden gesund zu halten, dennoch hat nicht jeder Biobetrieb 5 Fruchtfolgen</li> </ul>	Maßnahmenpakete, die für den ökologischen Landbau kombinierbar sind
Gää	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ökobetriebe bei vielen Maßnahmen ausgeschlossen z.B. Auflagen bei Dauerkulturen – Topinambur als Industriekultur deklariert</li> <li>- Förderpolitik stabilisieren</li> <li>- Mehr Förderung der Tierhaltung</li> <li>- Auch nicht so flächenintensive Betriebe sollten stärker gefördert werden</li> <li>- Betriebsindividuelle Förderung - Mixprogramme (aber hoher Aufwand)</li> </ul>	Vorwiegend B3
Demeter	<ul style="list-style-type: none"> <li>- A1: typisches Mitnahmeprogramm</li> <li>- C1: wenig Bedeutung, außer für Schafzuchtbetriebe, Liste der Arten für Brandenburg zu kurz</li> <li>- B1: sollte allgemeine Praxis sein und nicht gesondert gefördert werden</li> <li>- Existenzsicherung z.B. bei Ernteausfällen</li> <li>- AUM sind zu wenig lenkend</li> <li>- Pakete reduzieren, dafür jährlich prüfen und anpassen</li> <li>- Mehr auf die beste ökologische Strategie ausrichten</li> <li>- Neugestaltung von KULAP im Verhältnis zur Agrarreform (ELER) notwendig</li> </ul>	B3, Grünlandprogramme
LVG	<ul style="list-style-type: none"> <li>- B3: machen nur wenige Betriebe, daher weniger Thema</li> <li>- verschiedene Maßnahmen sollten zu einer addiert werden</li> <li>- Gesetzliche Standards an die Praxis anpassen</li> <li>- Zusätzliche Kriterien einführen, um Förderung zu rechtfertigen</li> <li>- Harmonisierung innerhalb der EU, gleiche, klar definierte Kriterien (bei Pflanzenschutzmitteln)</li> <li>- Landwirte abstrahiert gesehen auch Landschaftspfleger</li> </ul>	B1, A7
Schafzuchtverband	<ul style="list-style-type: none"> <li>- A6: hauptsächlich für Schäfer interessant</li> <li>- Konzentration auf Grenzertragsstandorte</li> <li>- Vertragsnaturschutz gegen null gefahren, daher Umorientierung zu KULAP</li> <li>- Umsetzung praxisnäher, bürokratischer Aufwand verringern</li> <li>- AUM adäquate Leistung für die Landschaftspflege</li> <li>- Neue Fördermodalitäten durch GAP-Reform - durch Entkopplung erhalten die Schäfer keine Zuschüsse mehr (spätestens nach Abschmelzen der BIP - betriebsindividuelle Prämien) : fordern Einführung einer „Rasenmäherprämie“</li> <li>- Anerkennung der Sonderflächen (Truppenübungsflächen) im Rahmen der 1.Säule</li> <li>- Ämter und Ministerium müssen sich mehr als Dienstleister verstehen</li> </ul>	Grünlandprogramme, A6, C1, C2
DVL	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Favorisieren Gesamtbetriebliche Ansätze: Landschaftsausschnitt ist gleichzeitig eine Betriebsgröße – Betrachtung der ökologischen und ökonomischen Bedingungen;</li> <li>- In Zusammenarbeit mit Fachplanung und auf Grundlage von Forschungsergebnissen Naturschutzziele entsprechend ökologischen Gegebenheiten festlegen und mit dem Betrieb aushandeln</li> <li>- Ansatz besonders geeignet bei kleinräumlichen Veränderungen in der Bodenstruktur</li> <li>- „Landschaftspflege Agrar Umweltpläne“ verfassen: Ziele mit Prioritäten untersetzen</li> <li>- Größerer Handlungs- und Entscheidungsspielraum für den LW, indem er selbst über seine ökologische Leistung entscheidet (Rahmen gibt die Ziel – Prioritäten Liste)</li> <li>- Flexible Programmgestaltung – Anpassung möglich</li> <li>- Maßnahmenpakete reduzieren auf zwei Ansätze: artenreiches Grünland und ackerschonende Bewirtschaftung (bisherigen AUM zuordnen)</li> <li>- Qualitativ an vorhandenen Planwerken orientieren - Landschaftspläne</li> </ul>	Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Vertragsnaturschutz, Entwicklung des ländlichen Raumes

## Über die Autoren

**Stefanie Häußler** studierte Landschaftsplanung an der Technischen Universität. Ihre Diplomarbeit zur Interessenvertretung im Agrarumweltbereich war eingebunden in das Teilprojekt 7 der DFG-Forschergruppe 497. Derzeit absolviert Stefanie Häußler ein Masterstudium im Fach Agrarökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

*Anschrift:*

Fachgebiet Landwirtschaftliche Beratung und Kommunikationslehre,  
Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus,  
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät,  
Luisenstr. 53, 10099 Berlin  
Tel.: 030 – 2093 6510  
Fax: 030 – 2093 6512  
E-Mail: stefanie.haeussler@gmx.net

**Katrin Prager** promovierte zum Thema „Kommunikationsprozesse in der politischen Gestaltung von Agrarumweltprogrammen“ (Teilprojekt 7 der DFG-Forschergruppe 497). Sie arbeitete als Gastwissenschaftlerin an der University of Tasmania. Dort verglich sie Ansätze zur Landschaftspflege (Landcare) und zum Management natürlicher Ressourcen und war eingebunden in das von der australischen Regierung geförderte Umweltforschungsprogramm „Landscape Logic“.

*Anschrift wie oben*

E-Mail: katrin.prager@agrar.hu-berlin.de

**Prof. Dr. Uwe Jens Nagel** leitet das Fachgebiet Landwirtschaftliche Beratung und Kommunikationslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin und, im Rahmen der DFG-Forschergruppe, das Teilprojekt 7. Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Fragen der partizipativen Gestaltung und Planung von Forschung und Beratung.

*Anschrift wie oben*

E-Mail: [uj.nagel@agrar.hu-berlin.de](mailto:uj.nagel@agrar.hu-berlin.de)  
<http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/fg/bk/>





## **SUTRA-Working-Paper**

### **Bisher erschienen**

- |       |   |   |
|-------|---|---|
| Nr. 1 | Dieter Kirschke<br>Ernst Daenecke<br>Astrid Häger<br>Kerstin Kästner<br>Kurt Jechlitschka<br>Stefan Wegener | Entscheidungsunterstützung bei der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen: Ein interaktiver, PC-gestützter Programmierungsansatz für Sachsen-Anhalt<br><br>Mai 2004, 31 Seiten<br><a href="http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp1.pdf">http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp1.pdf</a>                     |
| Nr. 2 | Katrín Prager<br>Uwe Jens Nagel   | Communication processes in agro-environmental policy development and decision-making – Case study Sachsen-Anhalt<br><br>Mai 2004, 15 Seiten<br><a href="http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp2.pdf">http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp2.pdf</a>  |
| Nr. 3 | Jan Hinrichs<br>Oliver Mußhoff<br>Martin Odening  | Ökonomische Hysterese im Veredlungssektor<br><br>Dezember 2004, 21 Seiten<br><a href="http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp3.pdf">http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp3.pdf</a>  |
| Nr. 4 | Martina Brockmeier<br>Marianne Kurzweil   | EU-Migration in the Context of Liberalizing Agricultural Markets<br><br>November 2004, 22 Seiten<br><a href="http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp4.pdf">http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp4.pdf</a>   |
| Nr. 5 | Dieter Kirschke<br>Astrid Häger<br>Kurt Jechlitschka<br>Stefan Wegener                                      | Co-financing implications for regional policy-making: A case study for the agri-environmental programme in Saxony-Anhalt<br><br>Januar 2005, 21 Seiten<br><a href="http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp5.pdf">http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp5.pdf</a>   |
| Nr. 6 | Peter Dannenberg<br>Christian Schleyer<br>Henry Wüstemann   | Regionale Vernetzungen in der Landwirtschaft - Beiträge eines teilprojektübergreifenden regionalen Workshops am 13.01.2005 in Bad Liebenwerda (Landkreis Elbe-Elster)<br><br>Mai 2005, 33 Seiten<br><a href="http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp6.pdf">http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp6.pdf</a> |
| Nr. 7 | Katrín Prager<br>Uwe Jens Nagel   | Kommunikationsbeziehungen der Ämter für Landwirtschaft und Flurneuordnung im Bereich der Agrarumweltprogramme - Fallstudie Sachsen-Anhalt<br><br>August 2005, 26 Seiten<br><a href="http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp7.pdf">http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp7.pdf</a>                          |

- Nr. 8 Peter Dannenberg  
Elmar Kulke Zur Bedeutung des landwirtschaftlichen Clusters für  
ländliche Räume  
August 2005, 22 Seiten  
<http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp8.pdf>
- Nr. 9 Sandra Uthes  
Henry Wüstemann Anregungen zur Ausgestaltung von Förderprogrammen in  
Abhängigkeit von Kompensationshöhe und Zielerreichungsgrad  
Dezember 2005, 21 Seiten  
<http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp9.pdf>
- Nr. 10 Silke Hüttel  
Oliver Mußhoff  
Martin Odening  
Nataliya Zinych Zur Schätzung von Investitionsfunktionen in unvollkommenen  
Kapitalmärkten  
August 2006, 22 Seiten  
<http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp10.pdf>
- Nr. 11 Beate Thießen  
Katrin Prager  
Uwe Jens Nagel Mitwirkung von Umweltverbänden an der Gestaltung von  
Agrarumweltprogrammen auf Ebene der Bundesländer  
August 2006, 24 Seiten  
<http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp11.pdf>
- Nr. 12 Stefanie Häußler  
Katrin Prager  
Uwe Jens Nagel Landwirtschaftliche Interessenvertretung im Agrarumweltbereich -  
Fallstudie Brandenburg  
Oktober 2007, 35 Seiten  
<http://www.agrar.hu-berlin.de/struktur/institute/wisola/publ/sutrawp/wp12.pdf>